

Einwohnerrat

Sitzung vom Montag, 9. Dezember 2019, 19:00 Uhr, Rathausaal

Vorsitz: Huser Hansjörg, Einwohnerratspräsident

Anwesend:	Mitglieder des Einwohnerrats	47
	Mitglieder des Gemeinderats	7
	Sigrist Thomas, Präsident Schulpflege	
	Blickenstorfer Urs, Gemeindeschreiber	
	Frey Martin, Leiter Finanzverwaltung	
	Wiedmer Barbara, Gemeindeschreiberin	

Entschuldigt
abwesend: Hiller Yvonne, GLP
Kisa Besir, SP
Minder Marie-Madeleine, EVP

Traktandum: [Budget 2020](#)

Huser Hansjörg, Einwohnerratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen ausserordentlichen Budgetsitzung. Speziell begrüsse ich heute den Leiter Finanzen Martin Frey sowie die Gäste auf der Tribüne, Alteinwohnerratspräsident Joseph Wetzel und Altgemeinderat Daniel Huser. Ausserdem begrüsse ich die Medien. Ich danke Ihnen für Ihr Interesse an der heutigen Sitzung. Für unsere Sicherheit ist heute Kpl David Rieck besorgt.

Neueingänge

Postulat Fraktion FDP vom 9. Dezember 2019 betreffend Sportkoordinationsstelle Wettingen

Antrag

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Schaffung der Stelle der Sportkoordination erneut zu prüfen.

Begründung

Der Versuch der Wiederaufnahme der Sportkoordinationsstelle ins Budget 2020 an der Budgetsitzung vom 9. Dezember 2019 kam einer Hauruck-Übung gleich. Es fehlten genaue Eckzahlen. Zudem war nicht sichergestellt, ob die Subventionen beim Kanton fürs Jahr 2020 noch beantragt werden können und Wettingen von ihnen profitieren kann. Eine seriöse und fundierte Abklärung über die Höhe der Stellenprozente, die Weiterbildung des zukünftigen Stelleninhabers, die Subventionen des Kantons und eine allfällige interne Umsetzung in der bestehenden Verwaltung (mit Ressourcenverschiebung) werden die Chancen für die Schaffung dieser Stelle deutlich erhöhen.

Budget 2020

Huser Hansjörg, Einwohnerratspräsident: Im Vorfeld der Einwohnerratssitzung vom 17. Oktober 2019 haben wir umfassende Unterlagen zum Budget erhalten - das Budget, den Finanzplan und diverse Anträge. Ausserdem haben wir von der Finanzkommission und den Fraktionen GLP und SP/WettiGrünen verschiedene Anträge erhalten. Es gibt keine Eintretensdebatte. Wir sind alle gefordert, über dieses Budget zu verhandeln. Das Wort übergebe ich nun dem Finanzkommissionspräsidenten.

Chapuis François, Präsident Finanzkommission: Gerne informiere ich Sie über den Prüfungsvorgang der Finanzkommission betreffend das vom Gemeinderat überarbeitete und revidierte Budget 2020.

Zuerst zum Ablauf: Der Einwohnerrat hat das vorgelegte Budget 2020 am 17. Oktober 2019 dem Gemeinderat zur Überarbeitung zurückgewiesen. Bereits am 28. Oktober 2019 konnte Vizeammann Markus Maibach die Finanzkommission über die geplanten Eckwerte und Stossrichtungen des revidierten Budgets informieren. Am 31. Oktober 2019 legte der Gemeinderat der Finanzkommission das neue Budget zur Prüfung vor, worauf wir mit der Prüftätigkeit begonnen haben. Am 20. November 2019 behandelte die Finanzkommission die Prüfberichte der einzelnen Ressorts und verabschiedete die noch offenen Fragen zu Händen des Gemeinderats. Am 26. November 2019 fand die gemeinsame Sitzung der Finanzkommission mit dem Gemeinderat statt, wobei alle offenen Fragen geklärt werden konnten. Anschliessend verabschiedete die Finanzkommission die nun vorliegenden Anträge. Sie sehen, es wurde ein rasanter Takt hingelegt. Dafür dankt die Finanzkommission dem Gemeinderat und der Verwaltung, explizit für den offenen, konstruktiven und lösungsorientierten Dialog. Ebenso danke ich meinen Finanzkommissionskollegen, die für diesen ausserordentlichen Einsatz einige Abende geopfert haben.

Generelle Feststellungen zum revidierten Budget: Bereits anlässlich der Finanzkommissionssitzung vom 28. Oktober 2019 teilte der Gemeinderat der Finanzkommission mit, dass er sich grossmehrheitlich an den Vorschlägen der Finanzkommission orientieren, aber eigene Akzente setzen und die Erwartungen des Einwohnerrats mit Sicherheit erfüllen wird. Die Finanzkommission anerkennt die umfangreichen Anstrengungen des Gemeinderats und der Verwaltung, die Vorgaben des Einwohnerrats zu erfüllen. Neu werden von der fünfprozentigen Steuererhöhung 4 % zur Schuldendämpfung verwendet. Konkret werden wie gefordert rund 2 Mio. Franken in die Schuldendämpfung fliessen und nur rund 0.5 Mio. Franken für die Verwaltung und die Tätigkeiten der Gemeinde Wettingen "konsumiert".

Ebenso hat der Gemeinderat den Finanzplan 2019 – 2023 überarbeitet. Die Finanzkommission verweist diesbezüglich insbesondere auf Seite 3 bzw. auf die vom Gemeinderat anvisierten operativen Ergebnisse in der Höhe zwischen 1.5 und 2 Mio. Franken in den kommenden Jahren. Sie erinnern sich, wir haben bereits darüber gesprochen, dass wenn man den Finanzplan so wie damals übernehmen würde, die Steuererhöhungen wie Schnee in der Sonne dahingeschmolzen wären. Insofern wird die Forderung der Erhöhung der Beiträge an eine Schuldendämpfung in Zukunft immerhin teilweise erfüllt.

Wie Sie Ihren Unterlagen entnehmen können, stellt die Finanzkommission doch noch zwei, drei finanzrelevante Anträge. Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat, das Budget 2020 der Einwohnergemeinde mit den vorgängigen Änderungen und dem um 5 % erhöhten Steuerfuss von 100 % zu genehmigen. Dies mit einem Abstimmungsverhältnis von 7 Ja- : 0 Nein-Stimmen, bei 7 Anwesenden.

Scherer Kleiner Leo: Nach der Überzeugung der Fraktion SP/WettiGrünen hat der Voranschlag 2020 eigentlich nur einen starken Punkt: Die Erhöhung des Steuerfusses von 95 % auf 100 %. Endlich wird auf der Ertragsseite ein substanzieller Schritt gemacht, der längst fällig war! Endlich, weil: 1996, vor 23 Jahren, legte der Gemeinderat für 1997 ein Budget vor, dass den Steuerfuss von 95 % auf 100 % anheben wollte. Die Finanzkommission und auch der Einwohnerrat waren mehrheitlich dafür. Aber zwei Parteien, die FDP und SVP, machten Opposition, starteten eine Kampagne und brachten es fertig, dass das Volk dieses Budget mit Steuererhöhung ablehnte.

Wieso beginne ich so weit in der Vergangenheit? Ich habe ausgerechnet, was wir zusätzlich hätten einnehmen können, wenn wir 1997 den Steuerfuss tatsächlich auf 100 % erhöht und dort belassen hätten. Ich kam auf die sagenhafte Summe von 85 Mio. Franken. Sprich, statt der heutigen 108 Mio. Franken Schulden, hätten wir gerade noch 23 Mio. Franken. Leider lief es aber nicht so und somit gab es in den Folgejahren, etwa ab 2001, plötzlich ein Gerangel - nicht um Steuerfusserhöhung, obwohl wir schon damals wussten, dass man den Unterhalt aufschiebt, nicht genug Geld hat, um wirklich alles zu tun und die Verschuldung am Steigen ist. Trotzdem begann damals ein Gerangel um Steuerfussenkungen. Welche Parteien waren es? Die FDP und SVP. Die CVP hat damals noch, zusammen mit dem Gemeinderat und der Finanzkommission, Widerstand gegen Steuerfussenkungen geleistet. 2004 war es leider doch so weit, dass man die Steuerfussenkung auf 92 % getätigt hat, ein paar Jahre später auf 89 % und schlussendlich noch auf 87 %. Ich erwähnte es bereits an der Einwohnerratssitzung vom 17. Oktober 2019: Diese Steuerfussenkungen ergaben in der Summe Ertragsausfälle von 30,5 Mio. Franken. Man wusste damals schon, dass grössere Investitionen anstehen, Sanierungen und Erweiterungen von Schulhäusern erforderlich werden, es ein Tügi-Projekt geben wird etc. Und trotzdem hat man grobfahrlässig auf diese Erträge verzichtet und damit die Schuldenspirale erst recht angetrieben. Es ist schon erstaunlich. Jetzt reichen dieselben bürgerlichen Parteien, die eine solch abenteuerliche Finanz- und Steuerpolitik betrieben und so dafür sorgten, dass die Gemeinde nie das für ihre Aufgaben nötige Geld erhielt, einen Vorstoss "Mission eine Generation" ein. Man müsse jetzt die Schulden abbauen. Genau die Schulden, in die sie die Gemeinde getrieben haben. Jetzt soll man sie abbauen und darf deswegen nichts anderes machen als Schulden abzubauen. Statt endlich vor die Bürgerinnen und Bürger hinzustehen und zuzugeben, dass die Finanzpolitik, die sie drei Jahrzehnte lang als mehrheitspolitische Parteien betrieben haben, Mist war. Statt endlich diese Ehrlichkeit aufzubringen, bilden sie eine neue Fixation "Schuldenabbau, Schuldendämpfung" und wollen diesem Ziel alles andere opfern. Mit einer solchen Finanzpolitik ist unsere Fraktion schlicht nicht einverstanden. Eine umsichtige, vernünftige Finanzpolitik funktioniert anders. Es ist zwar eine Realität, dass wir sehr viele Schulden haben, mit denen wir uns befassen müssen. Diese Schulden müssen wir abbauen. Aber man muss ganz grundsätzlich auch anerkennen, dass es neben dem Schuldenabbau auch noch andere Ziele gibt. Andere Aspekte, die gleichwertig sind oder sogar höherwertig. Eine umsichtige Finanzpolitik würde über lange Zeit dafür sorgen, dass die Gemeinde das Geld erhält, das für die Erfüllung ihrer Aufgaben nötig ist. Sie würde nicht die Gemeinde in die Schulden treiben.

Es kann neue Aufgaben geben, die beispielsweise im Budget enthalten waren. Die Sportkoordinationsstelle und die Kommunikationsstelle mit je 50 %-Pensen. Jetzt sind sie nicht mehr im Budget enthalten. Wir akzeptieren schlicht nicht, ausgewiesene Bedürfnisse wie diese einfach nicht mehr zu erfüllen, nur weil sich jetzt in den Köpfen der Bürgerlichen eine neue Fixation "Schuldenabbau" befindet. Ein anderes Beispiel: François Chapuis hat eine Interpellation zum Unterhaltszustand und zum Wert des gesamten Liegenschaftensparks unserer Gemeinde eingereicht. Dieser ist über 2,5 Mio. Franken schwer. Wir wissen, dass dort aufgestauter Unterhalt vorliegt. Und wir wissen, dass wir einen Betrag in der Grössenordnung von 5 bis 6 Mio. Franken pro Jahr bereitstellen müssen um die Werte zu erhalten, auch wenn wir Schuldenabbau betätigen. Das ergibt zehn bis elf Steuerprozent. Wir möchten das Budget

nicht wieder, wie es in den Neunziger- und Zweitausenderjahre gemacht wurde, verschönern, den Steuerfuss hinunterdrücken und die Unterhaltsarbeiten hinausschieben. Betreffend "Mission eine Generation": Man kann Schulden oder aufgestauten Unterhalt hinterlassen. Unter dem Strich ergibt es dasselbe. Beides ist teuer und die andern müssen es tragen, statt wir selber.

Man sollte auch nicht mehr wie früher vor das Volk treten und behaupten, 85, 83 oder 50 Mio. Franken für ein Tägi-Projekt reichen aus, ohne dass wir den Steuerfuss erhöhen bzw. Geld einziehen müssen. Das sollte man in Zukunft dringend vermeiden und der Bevölkerung ehrlich die Finanzlage aber auch den Wunsch nach einem politischen und finanziellen Gestaltungsspielraum kommunizieren und vorankündigen, den Steuerfuss wenn nötig nochmals um 2 oder 3 % erhöhen zu müssen. Mit einer umsichtigen und konstruktiven Politik müsste man zu dem grundsätzlich ja sagen. In diesem Sinne treten wir gerne auf das Budget ein bzw. gehen gemeinsam in die Detailberatung. Wir werden eine ganze Reihe von Anträgen stellen, mit denen wir die Verschlimmbesserungen zwischen der ersten und zweiten Runde teilweise wieder rückgängig machen wollen.

Gähler Judith: Die Rückweisung des Budgets 2020 an der Einwohnerratssitzung vom Oktober geschah in dieser Art das erste Mal und bleibt hoffentlich einmalig. Jetzt liegt uns ein überarbeitetes Budget vor, in welchem einige der vielen Kürzungsvorschläge der Finanzkommission enthalten sind, was wir sehr schätzen. Der Gemeinderat nahm die Bitte des Einwohnerrats auf und legt uns nun ein Budget vor, in dem die im Oktober formulierten Wünsche berücksichtigt wurden. Für diese Überarbeitung in relativ kurzer Zeit bedanken wir uns bei allen Beteiligten.

Bitte erlauben Sie mir einen kurzen Ausblick auf das Budget 2021. Aus dem Finanzplan können wir schliessen, dass der Gemeinderat keinen Strategiewechsel in seiner Finanzpolitik anstrebt. Wir hinterfragen, ob es ihm möglich sein wird, dem Einwohnerrat im Herbst 2020 ein Budget vorzulegen, das dem Postulat "Mission eine Generation" gerecht werden kann. Wie geht es dann weiter? Neue Steuererhöhungen? Oder doch einen Leistungsabbau? Ausserdem möchten wir bereits heute einige Erwartungen an das nächste Jahr deponieren. Eigentlich handelt es sich um nur eine. Die im Budget 2020 ausgewiesenen Sondereffekte, wie zum Beispiel das Jubiläumsfest "Atmosphäre", sollen im Budget 2021 nicht einfach im laufenden Sachaufwand verschwinden, sondern dem Schuldenabbau zugeführt werden. Vor knapp zwei Monaten erklärte ich hier, dass wir guter Dinge sind, heute Abend eine einvernehmliche Lösung zu finden. Diese Grundlage liegt uns nun vor. Wir bauen nun auf euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir das auch durchbringen.

Widmer Franziska: Wir sprachen es bereits in unserem Fraktionsbericht an. Im Oktober wurde uns ein Budget mit einer Steuerfusserhöhung vorgelegt. Dafür, dass die Bevölkerung etwas mehr hätte zahlen müssen, wären ihr ein paar leicht verbesserte Dienstleistungen zugute gekommen. Der Einstieg in den Schuldenabbau wäre auch geplant und möglich gewesen. Jetzt haben wir ein Budget mit einer Steuerfusserhöhung auf dem Tisch, bei dem die Bürgerinnen und Bürger mehr bezahlen und zusätzlich durch alle Altersschichten hindurch Einbussen in Kauf nehmen müssen wie zum Beispiel bei der Schulsozialarbeit oder beim Sportkoordinator. Als besonders bedenklich erachten wir den hinausgeschobenen Gebäudeunterhalt, welcher der Gemeinde schon lange als sogenannt offene Baustelle bekannt ist und im Nacken sitzt, nun aber erneut nicht angegangen wird. Das geht in unseren Augen in Richtung Arbeitsverweigerung und der auf diese Art betriebene Schuldenabbau wird zur Augenwischerei, da die Unterhaltskosten unweigerlich zurückschlagen werden. Ob das an der Urne goutiert wird, wird sich zeigen.

Die Fraktion EVP/Forum 5430 wird einige der gestellten Anträge unterstützen, andere nicht. Der Verhandlungsverlauf wird zeigen, ob wir dem Budget als Ganzes schlussendlich zustimmen können.

Wassmer Christian: Ja zum dringend notwendigen Schuldenabbau. Ich habe heute gelernt, dass es sich dabei schon beinahe um ein Schimpfwort handelt. Offenbar wurde bei der Fraktion SP/WettiGrünen Leben auf Pump salonfähig.

Wir danken dem Gemeinderat für das überarbeitete Budget, welches ohne Wenn und Aber die Forderung des Einwohnerrates nach mindestens vier Steuerprozenten für den Schuldenabbau erfüllt. Er hat sich intensiv mit den Finanzkommissions- sowie eigenen Kürzungsvorschlägen auseinandergesetzt und damit ein ausgewogenes Budget vorgelegt. Diesen Dank wollen wir auch an die Finanzverwaltung und die Finanzkommission richten, die den ganzen Budgetprozess nun ein zweites Mal erleiden mussten.

Vier Steuerprocente für den Schuldenabbau, das war die Minimalforderung und weit entfernt von einem Sparbudget. Das vorliegende Budget ist nicht mit einem Leistungsabbau verbunden, wird doch der Sachaufwand um 5 % und der Personalaufwand um 1,2 % gesteigert. Im Vergleich mit der Rechnung 2018 betragen die Mehrausgaben 2,1 Mio. Franken. Wie bei dieser Faktenlage die Ratslinke von einem Leistungsabbau sprechen kann, ist uns schleierhaft. Es handelt sich um einen etwas kleineren Ausbau als beim ersten Budget. Wir vertrauen dem Gemeinderat, dass er die Prioritäten auf dem Weg zum nun vorliegenden Budget richtig gesetzt hat.

Die Fraktion CVP unterstützt das zweite Budget inklusive aller Anträge der Finanzkommission. Konsequenterweise lehnen wir die 15 Anträge der Fraktion SP/WettiGrünen ab. Dies gilt auch für den Antrag von Manuela Ernst, GLP, zur Sportkoordination. Die Fraktion CVP hat grosse Sympathie für die Sportkoordination, jedoch nicht für eine zusätzliche Stelle. Der Gemeinderat ist frei, eine bestehende Stelle umzufunktionieren und die kantonalen Subventionen zu beantragen. Sport ist ein Leuchtturm in Wettingen und soll Priorität geniessen. Auf der anderen Seite hat aber Priorität in nicht prioritären Bereichen auch immer mit Verzicht zu tun.

Wir werden uns voraussichtlich nicht mehr zu einzelnen Anträgen äussern, da wir hinter dem Budget als Ganzes stehen und es nicht gefährden wollen. Vom Gemeinderat erwarten wir aber einen haushälterischen Umgang mit den gesteigerten Steuergeldern.

Die rote Linie liegt für uns bei den 4 % bzw. 2 Mio. Franken Schuldenabbau. Sollte dies heute nicht erreicht werden, so lehnen wir das Budget in der Schlussabstimmung ein zweites Mal ab.

Nach wie vor unzufrieden sind wir mit der mittelfristigen Entwicklung. Der Finanzplan zeigt schon im nächsten Jahr eine Reduktion des Schuldenabbaus, obwohl die Schulden weiterhin steigen. Einem solchen Budget werden wir nächstes Jahr nicht zustimmen können. Es ist dringend notwendig, den Personal- und Sachaufwand in den Griff zu bekommen.

Die Ziele des Postulats "Mission eine Generation" sind damit nicht zu erfüllen. In der ersten Budgetversion fehlten noch 13.9 Mio. Franken oder 2,8 Mio. Franken jährlich. Dies hat sich nun auf 8,4 Mio. Franken bzw. 1,7 Mio. Franken jährlich verringert. Im Finanzplan wird mit einer jährlichen Steigerung des Personalaufwands von 1 % und 0,8 % des Sachaufwands gerechnet. Das ist weit entfernt vom zweiten Budget 2020 gegenüber dem Budget 2019, wie auch der Rechnung 2018. Der Personalaufwand steigert sich um 1,2 % bzw. 2,5 % und der Sachaufwand um 5 % bzw. 4,5 %. Ziemlich weit von 0,8 %. Wir erwarten, dass die einmaligen Ausgaben wie Fr. 300'000.00 für das 975-Jahr Jubiläum oder Fr. 400'000.00 für die Lehrmittel aufgrund der Einführung des Lehrplans 21 nächstes Jahr zusätzlich in den Schuldenabbau fliessen und nicht mit anderweitigen Mehrausgaben kompensiert werden.

Die Fraktion CVP sagt Ja zum Budget 2020 und tritt darauf ein aber Nein zum Finanzplan in der vorliegenden Version.

Palit Orun: Die Fraktion GLP nimmt das vorliegende Budget zur Kenntnis und bedankt sich herzlich für die Überarbeitung. Es sieht jetzt doch einiges besser aus. Dennoch sind einige Punkte umstritten, welche von der Finanzkommission beantragt werden. Die Fraktion GLP wird mehrheitlich den Anträgen der Finanzkommission und des Gemeinderats zustimmen. Je nach Position wird in der Budgetberatung im Detail Stellung genommen. Je nach Ausgang der Budgetdebatte wird die Fraktion GLP diesem Budget 2020 mit einer Steuerfusserhöhung von 95 % auf 100 % mehrheitlich zustimmen. Bei zwei Budgetposten werden wir von den Anträgen des Gemeinderats und der Finanzkommission abweichen. Es handelt sich hier, wie bereits erwähnt, um die Streichung der Stelle der Sportkoordination. Die Fraktion GLP ist davon überzeugt, dass Wettingen dem Label Sportstadt mit einer besseren Koordination noch besser gerecht werden kann. Aus diesem Grund wird Manuela Ernst im Namen unserer Fraktion in der Debatte den Antrag stellen, diese Stelle nicht zu streichen. Beim zweiten Budgetposten handelt es sich um die Schulsozialarbeitsstelle. Wir möchten sie nicht um 20 % kürzen, da sich unsere Gesellschaft sehr schnell wandelt, was zu Konflikten führt. Wenn sie früh erkannt werden, können sie meist gut und sinnvoll gelöst werden. Ungelöste Konflikte führen später für die Gemeinde zu höheren Kosten. Wir werden dem Antrag der Fraktion SP/WettiGrünen, auf den Stellenabbau zu verzichten, zustimmen.

Ich persönlich werde dieses Budget mit 5 % Steuererhöhung aus folgender Begründung ablehnen: LOVA 2 war im Gesamten kein Kosteneinsparungsprogramm. Das ist vor allem in der Personalstatistik zu sehen. Im Jahr 2014 arbeiteten in der Gemeinde 177,1 Personen, inklusive der 15 Personen im Tägi. Im Budget 2020 sind es nun 175,53 Personen und hier sind die Mitarbeitenden des Tägis nicht mehr eingeschlossen. Also wies die Gemeinde zwischen 2015 und 2020 eine Personalerhöhung von 13,43 Personen auf. Der Gemeinderat hat früher versichert, das haben wir bereits von Leo Scherer vernommen, dass man all diese Investitionen ohne Steuerfusserhöhung durchführen kann. Nun muss er Wort halten, sonst fühlt sich die Bevölkerung hintergangen. Unser Finanzminister Markus Maibach hat in unserer Fraktion angedeutet, dass aufgrund steigender Gesundheitskosten und Altersvorsorge wahrscheinlich in nicht allzu ferner Zukunft Mehrkosten auf die Gemeinde zukommen werden. Diese Übung, die Steuern um 5 % zu erhöhen und 80 % für den Schuldenabbau aufzuwenden, wird ziemlich sicher in den nächsten Jahren nicht mehr so angewendet. Die Schulden kann man so nicht nachhaltig herunter drücken. Der Gemeinderat plant für die nächsten Jahre beim Personalaufwand ein Wachstum von 1 % und beim Sachaufwand 0,8 %. Diese Vorgabe hielt der Gemeinderat in den letzten Jahren fast nie ein. Wieso soll ich ihm jetzt glauben, dass er es in den nächsten Jahren einhalten wird? Das Tägi wird auch noch teurer werden als geplant. Die umliegenden Gemeinden haben die Steuern nicht erhöht und mit Baden gibt es eine Gemeinde, die den Steuerfuss bei 92 % belassen hat. Wettingen wird immer unattraktiver. Das möchte ich nicht. Und noch als letztes: Der Gemeinderat hat selten eine Grundsatzdiskussion bezüglich absolut notwendiger Ausgaben oder nice to have-Aufgaben bzw. Ausgaben geführt. Ich beginne heute damit und möchte mehr Sport für Wettingen. Die Fraktion GLP will die Sportkoordinationsstelle für Wettingen. Ein Teil soll über Kürzungen bei den Kulturbeiträgen finanziert werden. Ich werde an gegebener Stelle einen Kürzungsantrag um Fr. 25'000.00 stellen.

Der zweite Kürzungsantrag bezüglich Entschädigung des Gemeinderats, den ich Ihnen zukommen liess, werde ich zurückziehen. Scheinbar darf man während einer laufenden Legislaturperiode keine Lohnkürzungen durchführen, Lohnerhöhungen hingegen schon. Um ein Zeichen zu setzen, hätte der Gemeinderat aber, wie die Stadträte von Winterthur im Jahre 2013, freiwillig beim eigenen Lohn ansetzen können. Die Stadträte von Winterthur verzichteten auf 10 % ihres Lohns. Ich finde, das ist eine verpasste Chance. Bevor nicht noch mehr nachhaltige Einsparungen angestrebt werden, stimme ich keiner Steuerfusserhöhung zu.

Huser Michaela: Die Fraktion SVP bedankt sich beim Gemeinderat, der Finanzkommission und allen beteiligten Mitarbeitenden der Verwaltung, dass sie sich dem Budget 2020 nochmals angenommen haben.

Ich werde mein heutiges Fraktionsvotum kurz halten, um mich nicht zu wiederholen. Denn bereits in meinem Votum vom Oktober in der ersten Beratung des Budgets habe ich an dieser Stelle aus unseren Fraktionsvoten der vergangenen fünf Jahre zitiert und erläutert, wieso die Finanzpolitik von Wettingen unehrlich ist, wieso diese unehrliche Finanzpolitik eine Finanzpolitik im Blindflug ist und in eine Sackgasse führt. Die Rückweisung hätte eine Chance darstellen sollen, sich dem Budget nochmals anzunehmen und mittels nachhaltigen Massnahmen auf einen gesunden Finanzhaushalt hinzuwirken.

Um in finanzpolitisch herausfordernden Zeiten einem Budget zustimmen zu können, muss aus diesem ersichtlich werden, dass alles Mögliche getan wird, um den Finanzhaushalt mindestens stabilisieren zu können. Und hier haben wir, verglichen mit der ersten Version, zu wenig Verbesserungen beobachten können. Ebenfalls ist das Budget nach wie vor von Unehrlichkeiten geprägt, wie beispielsweise die Kürzung der materiellen Hilfe: Es ist allen hier drinnen bewusst, dass dies nicht direkt steuerbar ist, sonst würde ein Antrag von linker Seite vorliegen. Die Fraktion SVP kann einem solchen Budget nicht zustimmen, denn wie heute Abend schon mehrfach genannt, verzeichnet dieses Budget gegenüber der Rechnung 2018 Mehrausgaben von 2.1 Mio. Franken. Solange der Sach- und Personalaufwand weiter steigen, wurde offensichtlich der Ernst der Lage nicht erkannt. Auch der Blick auf den Finanzplan 2019-2023 bestätigt diesen Eindruck – der Ernst der Lage ist nicht erkannt, es ist kein Strategiewechsel in der Finanzpolitik zu erkennen. Im Gegenteil. Es fallen höhere Ausgaben beispielsweise beim Tägi, aber auch beim Fest, das wir uns nächstes Jahr leisten, an. Von Verzicht und Priorisierung fehlt noch jede Spur. Wir dürfen nicht vergessen, dass all das, was wir uns in den letzten Jahren geleistet haben, nicht zuletzt möglich war, weil früher so viel gespart wurde und man nachhaltig mit unseren Steuergeldern umgegangen ist. Aus diesem Grund konnten wir uns in Wettingen in den letzten Jahren solch grosse Projekte leisten.

Um es noch in anderen Worten auszudrücken, nehme ich bei dieser Gelegenheit gerne Thatchers berühmte Worte hervor. So sagte sie in einer Rede von 1983, dass man nie vergessen sollte, dass der Staat kein eigenes Geld hat. Wenn der Staat mehr ausgeben möchte, kann er dies nur, indem er sich Geld leiht oder indem er das Volk höher besteuert. So ist es falsch zu denken, dass schon jemand anderes für die höheren Ausgaben des Staats aufkommen wird – dieser jemand anders sind wir alle zusammen.

Diese Worte sind auch als Appell an den Rat zu verstehen. Wir sind gewählte Vertreter der Wettinger Bevölkerung. Sie wird das letzte Wort in dieser Sache haben. In diesem Sinne sind wir auf die Detailberatung gespannt.

Scherer Kleiner Leo: Ich hörte die Begriffe "nachhaltig" oder "nachhaltige Massnahmen" und verstehe sie nicht. Für mich stammt der Begriff Nachhaltigkeit aus der Forstwirtschaft. Förster wissen, dass man nicht mehr aus dem Wald schlagen darf als innerhalb eines Jahres nachwächst. Dann liegt ein Fließgleichgewicht vor. Was aber nachhaltige Massnahmen im Kontext von heute bedeuten - wir sollten Schulden abbauen, haben einen Strauss von Aufgaben, die man erfüllen sollte, da sich die Gesellschaft ja weiter verändert. Es handelt sich um etwas, das sich ständig im Fluss befindet. Es würde mich seitens der Kolleginnen und Kollegen der Fraktion SVP oder anderen, die auch für nachhaltige Massnahmen plädieren, schon interessieren, was sie damit konkret meinen. Sollen wir die Strassen zurückbauen? Auf den Strassen gehen und fahren Sie ja alle auch gerne. Oder hören wir damit auf, Schulen zu betreiben? Was meint ihr mit nachhaltig? Ich höre immer nur diese abstrakten Schlagworte und nichts Konkretes.

Fricker Martin: Lieber Leo Scherer, dazu sage ich gerne etwas. Nachhaltigkeit verhält sich genauso wie in Landwirtschaft oder im Wald. Man kann nur so viel ausgeben wie langfristig seriös hereinkommt. Macht man das nicht, begibt man sich in eine sozialistische Schuldenwirtschaft. Was das heisst, erfuhren wir anhand der DDR. Da muss ich dich wahrscheinlich nicht darauf hinweisen, da kennst du dich sicher besser aus als ich. Wenn es darum geht, was wir bezahlen und was wir nicht ausgeben muss die Gemeinde endlich damit beginnen, das Notwendige vom Wünschbaren zu unterscheiden. Die Fraktion SVP sowie ein Teil der FDP und CVP wollen künftig eine Verzichtsplanung. Das ist das, was wir fordern und das haben wir bis heute nicht gesehen. Es ist nicht die Aufgabe des Rats, zu bestimmen, was wir sparen. Das ist die Aufgabe der Exekutive.

Scherer Kleiner Leo: Das sind die anderen zwei Allgemeinbegriffe: "Wünschbar und notwendig". Wer bestimmt, was wünschbar und was notwendig ist? Ich war immer der Meinung, dass das in einer Demokratie von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern festgelegt wird, oder wir 50 Personen bestimmen es hier im Rat. Wir wurden schliesslich von den Bürgerinnen und Bürgern genau dafür gewählt. Da kann man doch nicht einfach erklären, dass nicht wir bestimmen, was wünschbar oder notwendig ist. Es ist nicht korrekt, dass dies zu den Aufgaben des Gemeinderats gehört. Das ist auch unsere Aufgabe. Bis jetzt habe ich aber nichts gehört. Die Musikschule ist eine freiwillige Leistung. Ist sie nun wünschbar, notwendig oder irgendetwas dazwischen? Es kommt auf den Ehrgeiz einer Gemeinde an, über oder unter dem Durchschnitt liegen zu wollen. Ich höre immer von der Sportstadt. Dagegen habe ich nichts, aber es kann doch nicht heissen, es ist nur eine Sportstadt und sonst gar nichts. Es muss doch eine Vielfalt vorliegen oder sind Sie wirklich der Meinung, die Motivation Steuern zu bezahlen sei auch bei Nichtsportlerinnen und Nichtsportlern gleich hoch, wenn man abgesehen vom Sport nichts mehr bietet? Das Wesentliche ist doch, dass eine möglichst grosse Vielfalt vorliegen muss.

Es gibt bei dieser Bilanz zwei Seiten. Die eine ist das Geld und die andere das reale Leben, die reale Welt, die realen Bedürfnisse. Man kann auf beiden Seiten etwas unternehmen und genau das, liebe Kolleginnen und Kollegen der bürgerlichen Parteien, ist eure Fixation - hier schliesse ich die Fraktion GLP mit ein. Eure neue Fixation ist, dass ihr festlegt, dass die einzige Variable das reale Leben ist. Hier streicht ihr wenn nötig zusammen und beim Geld haltet ihr fest, was fix ist. Das ist aber nicht korrekt. Unsere Finanzordnung bzw. unser Finanzrecht hält fest, dass wir einen ausgeglichenen Haushalt aufweisen müssen. Dieser ist dann ausgeglichen, wenn die Sammlung der Bedürfnisse und Aufgaben, mit den Einnahmen übereinstimmen. Dann, wenn sie sich plus/minus in Balance befinden. Was wir einnehmen ist zu einem rechten Teil davon abhängig, wo wir den Steuerfuss festsetzen. Beim Steuerfuss handelt es sich um eine variable politische Grösse und nirgends in unserem Finanzrecht ist festgehalten, dass man den Steuerfuss nicht hinauf- und hinunter setzen darf. Diese Ideologie, dass man über den Steuerfuss nicht frei verhandeln darf, existiert nur in Ihren Köpfen.

Scherer Sylvia: *Zeigt ein Bild vom Matterhorn.* Wenn wir das hier betrachten, befinden wir uns jetzt hier - schon beinahe ganz oben. Und diesen Berg kennen Sie alle. Ich weiss nicht, was Sie sich vorstellen. Wir befinden uns mit unseren Schulden dort oben. Die Spitze ist beinahe erreicht. Wenn wir nicht abstürzen wollen, müssen wir nun wirklich handeln. Und wo befinden sich unsere Bergführer? Ich erwarte von diesen schon, dass sie uns auf einen sicheren Weg zurückführen und wir nicht abstürzen. Das erwarte ich jedoch auch von Ihnen allen. Eben von denen, die vom Volk gewählt wurden. Wir müssen unsere Ausgaben dringend reduzieren. Ansonsten hinterlassen wir der nächsten Generation einen riesigen Schuldenberg. Und jetzt kommen Sie bitte nicht damit, dass wir unseren Steuerfuss anpassen müssen. Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, so hoch können wir gar nicht gelangen. Wenn wir so hoch gehen würden, würden wir, wie von Orun Palit erklärt, unattraktiv. Wir haben einen hohen Steuerfuss, hohe Mieten und hohe Nebenkosten. Das geht so nicht mehr weiter. Was ratet ihr euren Kindern, wenn sie am 10. Des Monats zu euch kommen und erklären, das Sackgeld sei ihnen ausgegangen? "Spar doch bitte und schau, dass es für den ganzen Monat ausreicht." Sie erklären dem Kind sicherlich nicht, dass das egal sei, es ja wieder fragen kommen könne.

Scherer Kleiner Leo: So hoch hinauf, dass wir schuldenfrei werden, können wir mit dem Steuerfuss gar nicht, habe ich soeben vernommen. Ich habe bereits ein paar Zahlen erwähnt und habe mir zusätzlich das Vergnügen gemacht, auszurechnen, wo wir heute stehen würden, wenn wir 1997 auf 100 % und 2001, als man damit begann, über Senkungen zu sprechen, stattdessen auf 102 % erhöht hätte. Wenn ich das zusammenzähle, ergibt das doch die Grössenordnung von 104 Mio. Franken. Wir haben nun 108 Mio. Franken Schulden. Sprich mit zwei Steuerprozenten durchgezogen über die gesamte Dauer, könnten wir heute schuldenfrei sein. Leider hat man keine solch umsichtige und vorausschauende Finanzpolitik betrieben und das liegt alleine in der Verantwortung der bürgerlichen Mehrheit.

Maibach Markus, Vizeammann: Kommen wir aus dem Jahr 1996, aus Ostdeutschland und dem Matterhorn zurück nach Wettingen in die Gegenwart bzw. die gemeinsame Zukunft. Ich bedanke mich für den Dank für die Arbeit, die wir geleistet haben und möchte ihn zurückgeben, insbesondere der Finanzkommission für die gute Zusammenarbeit. Ich erwähnte letztes Mal schon, dass sie dieses Budget mehrmals gedreht, gewendet und untersucht hat. Schlussendlich hat sie es mit dem eindrucklichen Ergebnis von 7 Ja- : 0 Nein-Stimmen angenommen.

Wir haben heute einen historischen Tag. Das erste Mal in der jüngeren Geschichte Wettingens diskutieren wir ein Budget zum zweiten Mal. Leo Scherer hat uns aufgezeigt, wie es in der Vergangenheit war. Es gab jedoch noch nie eine zweite Lesung und das noch an einem Montag. Vor allem handelt es sich um einen historischen Tag, weil wir heute diese zweite Phase - ich erklärte immer, dass der Budgetausgleich die erste Phase bildet, die zweite der finanzielle "turn-around" - den aktiven Schuldenabbau einleiten. Das ist das gemeinsame Ziel. Ich denke man kann es auch positiv formulieren und festhalten, dass ein solcher Prozess, ein solcher turn-around, ein solches Budget, eine zweite Lesung verdient.

Der Gemeinderat nahm den Auftrag der Mehrheit des Einwohnerrats ernst. Wir versuchten, was ich Ihnen an der letzten Sitzung anhand einer Schnur aufgezeigt habe, einen Kompromiss zu präsentieren. Es lagen, auch dank der Vorarbeit der Finanzkommission, über 70 Anträge vor. Ich glaube, auch das ist historisch. Wir haben noch nie so viele Einzelposten gedreht, bis wir festgelegt hatten, was wir uns leisten können bzw. wollen. Und hier an die Adresse von allen gerichtet: Ich bin vielleicht ein simpler Ökonom. Mich interessieren nicht die Steuern, sondern das Preis-Leistungsverhältnis, das wir als Gemeinde unseren Einwohnerinnen und Einwohnern bieten können. Attraktiv in allen Sinnen, ausgewogen einerseits bei der Steuerlast, andererseits jedoch auch beim Angebot. Jetzt sind wir an der Stelle angelangt, die ich letztes Mal intensiv ausgeführt habe: Bei diesem Kompromiss.

Der Gemeinderat kann hinter dem Budget, das wir Ihnen präsentieren, stehen. Es geht um einen Kompromiss und wir haben von allen Seiten Anträge. Das stimmt mich am Schluss eigentlich positiv. Gäbe es nur Anträge von einer Seite, lägen wir auch nicht richtig. Daher wird die Debatte weisen, wo wir schlussendlich stehen.

Zum Finanzplan möchte ich noch etwas ausführen. Der Finanzplan beinhaltet, wie das eigentlich immer war, alle Investitionen und die detailliert berechneten Abschreibungen. Er beinhaltet Annahmen, wie sich einzelne Aufwandsposten verändern. Ich denke, Christian Wassmer hat aufgezeigt, dass die Annahmen eher zurückhaltend sind, zum Beispiel 0,8 % Steigerung im Sachaufwand, vor dem Hintergrund der bereits zitierte Interpellationsantwort an François Chapuis, dass im baulichen Unterhalt Nachholbedarf vorliegt. Wir haben aber gleichzeitig festgestellt, dass wir in einigen Bereichen planungsmässig durchaus noch etwas transparenter sein könnten. Das gilt insbesondere für die gesamte Personalplanung. Der Grund, wieso wir 1,5 bis 2 Mio. Franken herausholen können und es nächstes Jahr nur 1,5 Mio. sein werden, ist relativ einfach: Die Abschreibungen steigen. Und diese Investitionsprojekte hat der Einwohnerrat bereits beschlossen. Die ganze Entwicklung steht

und fällt natürlich mit den beeinflussbaren und nicht beeinflussbaren Posten. Zur Stellenentwicklung möchte ich zu Händen Orun Palit erklären, dass der Einwohnerrat insbesondere bei den Sozialen Diensten eine Stellenaufstockung beschlossen hat. Einerseits, weil wir das wegen der KESD tun mussten, andererseits, weil wir beschlossen haben, die Sozialabteilung mit mehr Power zu versehen, damit sie proaktiver vorgehen kann. Das ist mitunter ein Grund, dass bei der Entwicklung der materiellen Hilfe heute eine kleine Entlastung vorliegt. Deshalb sind wir der Ansicht, dass sich die Personalaufstockungen gerechnet haben.

Uns beschäftigen in Zukunft drei Herausforderungen. Bereits erwähnt habe ich die absehbaren Abschreibungen. Investitionsprojekte sind bereits gesprochen und mit HRM2 gelangen diese Abschreibungen jedes Jahr ins Budget. Notwendig ist der bauliche Unterhalt insbesondere im Hochbau, wo wir wissen, dass ein gewisser Nachholbedarf vorliegt. Unbeeinflussbar sind die steigenden Gesundheitskosten. Es erstaunt mich auch heute wieder, dass das von niemandem thematisiert wird. Wir haben 2 Mio. Franken mehr Ausgaben. Schauen Sie doch mal, wie diese 2 Mio. Franken entstehen. Sie entstehen nicht, weil wir hier zu viel unternehmen, sondern weil wir schlicht Kosten auferlegt erhalten, die wir entweder an anderen Orten wegsparen oder den Steuerzahlenden weitergeben müssen. So sieht unsere Lage aus und sie wird auch in Zukunft nicht anders sein.

Ich bin auf die Debatte gespannt und möchte nochmals wiederholen, dass wir hinter diesem Budget stehen. Zu Wiedererwägungsanträgen werden wir keine Ausführungen tätigen. Wir haben das neue Budget vorgelegt, stehen bei Fragen selbstverständlich zur Verfügung und werden zu den einzelnen Kürzungsanträgen sicherlich noch Stellung nehmen.

Wichtig ist, dass Sie nach der Debatte nicht vergessen, dass wir eine grosse gemeinsame Aufgabe haben: Der proaktive Schuldenabbau in unserer Gemeinde.

Huser Hansjörg, Einwohnerratspräsident: Wir begeben uns nun in die Detailberatung und arbeiten uns Seite für Seite durchs Budget. Ich bitte Sie, Ihre Anträge an gegebener Stelle schriftlich einzureichen. Im Anschluss an die Detailberatung eröffnet uns Martin Frey das operative Ergebnis. In einer kurzen Pause wird in den einzelnen Kreisen darüber befunden und dann folgt die Schlussabstimmung.

Ressort 0 Allgemeine Verwaltung **Konto 9999.3010.00 Löhne**

Oberholzer Christian: Die Fraktion SP/WettiGrünen beantragt, die Anpassung der Lohnerhöhung von 0,8 auf 1 % zu erhöhen, wie es im ursprünglichen Budget vorgesehen war. Unser Antrag basiert auf der gegenwärtigen Entwicklung des Wirtschaftswachstums, der angekündigten Lohnrunden, dem Arbeitsmarkt und der Vergleichen mit anderen Gemeinden und Städten. Der Kanton hat ebenso wie die Stadt Baden eine Lohnerhöhung von 1 % beschlossen. 0,6 % davon werden durch die Teuerung sowieso wieder getilgt. Wir möchten dem Gemeinderat die Mittel für eine fortschrittliche Lohnpolitik in die Hände geben und damit ermöglichen, dass die Gemeinde eine attraktive Arbeitgeberin bleibt. Dazu gehört von Zeit zu Zeit auch eine Besoldungsanpassung, auch wenn andere Faktoren wie Zufriedenheit für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ebenso wichtig sind. Die definitiven Anpassungen werden aufgrund der Personalbeurteilungen Ende Jahr festgelegt. Aufgeteilt in einen generellen und einen individuellen, leistungsbezogenen Anteil. Mit der kleinlichen Erhöhung von 0,8 % setzt die Gemeinde kein Zeichen des Vertrauens in ihre Mitarbeitenden, sondern gibt ihnen ein Gefühl der Mitschuld an der angespannten Finanzsituation der Gemeinde Wettingen. Fragen Sie sich selber, wie Sie sich an Ihrer Arbeitsstelle verhalten, wenn Ihr Vorgesetzter um Verständnis für eine allfällig angespannte Geschäftslage bittet.

Fricker Martin: Kleinliche Erhöhung des Lohnes? Sind Sie sich bewusst, dass unsere Leiterin HR bei einem 100 % Pensum Fr. 150'000.00 im Jahr verdienen würde? Hier kann nicht die Rede davon sein, die Gemeinde Wettingen ginge nicht wertschätzend mit Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern um. Ich bin übrigens auch der Meinung, dass man wertschätzend mit Mitarbeitenden umgehen soll. Aber Fakt ist auch, dass wir laufend Verbesserungen und Erhöhungen haben. In den letzten Jahren lagen schon viele davon vor. Wir stellten Personal ein, bauten Personalveranstaltungen aus, es gibt Reka-Checks für Fr. 30'000.00, Weiterbildungen in Höhe von Fr. 60'000.00. Personalveranstaltungen kosten uns Fr. 40'000.00. Das alles hatten wir schon. Dieses Jahr kommen zwei zusätzliche Ferientage, Dienstalterspräsente und -Jubiläen ab drei Jahren Mitarbeit und zusätzlich die gesamte Übernahme der Krankentaggeldversicherung durch die Gemeinde dazu. Zudem haben wir eine äusserst grosszügige BVG-Lösung für unsere Mitarbeitenden, die einer Kaderlösung nahe kommt. Daher und vor dem Hintergrund der wirklich schlechten Steuersituation mit den vorliegenden Schulden muss man ganz klar sehen, dass eine Erhöhung von 1 % nicht angebracht ist. Eigentlich sind schon 0,8 % zu viel, aber 1 % geht gar nicht.

Scherer Kleiner Leo: Das ist nun genau das, was ich gemeint habe. Man treibt die Gemeinde 30 Jahre lang mutwillig in die Schulden und muss dann tatsächlich Schuldenabbau betätigen, was übrigens für mich kein Schimpfwort ist. Dann muss diese Tatsache dafür herhalten, alles was auch nur etwas nach Verbesserung aussehen würde, abzublocken.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 11 Ja- : 36 Nein-Stimmen folgenden Beschluss:

Der Antrag der Fraktion SP/WettiGrünen, die Anpassung der Lohnerhöhung von 0,8 % auf 1 % zu erhöhen, wird abgelehnt.

Ressort 1 öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung Konto 1005.3111.00 Anschaffung Maschinen/Geräte/Fahrzeuge

Müller Heinrich: Aus dem Budget wurde die Anschaffung eines Ersatzes des Zugfahrzeugs für die Feuerwehr gestrichen. Der Posten befindet sich auf Seite 23, 1005.3111.00, Fr. 50'000.00. Ich sah mir dieses Zugfahrzeug an und stellte fest, dass es sich in einem guten Zustand befindet und nur 30'000 km auf dem Tacho hat, obwohl es bereits 25 Jahre alt ist. Betrachtet man das Fahrzeug jedoch näher, stellt man zwei Dinge fest. 1. ist die Verfügbarkeit in einem Notfall nicht mehr sicher gewährleistet. 2. und das erachte ich als beängstigender, handelt es sich um ein altes Fahrzeug mit Längs-Sitzbänken. Nun wird es jedoch im ganzen Ost-Aargau eingesetzt. Das heisst, es ist manchmal 30 Kilometer mit Blaulicht und einem Tempo von 80 km/Std. unterwegs und hinten sitzen Feuerwehrleute. Wenn sich ein Unfall ereignet, werden die Wirbelsäulen bei Längs-Sitzbänken massiv belastet, was zu grossen Schäden führen kann. Das bedeutet, die Sicherheit der Mannschaft ist in diesem Fahrzeug nicht mehr gewährleistet. Heute gibt es viele moderne Fahrzeuge. Ein solches möchte man anschaffen. Es muss aber kein Neues sein, da dieses Fahrzeug nur rund 1'200 Kilometer pro Jahr fährt. Man kann also eine Occasion anschaffen, welche vielleicht vier Jahre alt ist und 200'000 km auf dem Tacho hat. Christian Wahrstätter ist fähig, ein solches Fahrzeug zu warten. Wichtig wäre aber, dass es einen Seiteneinstieg und normale Sitzbänke aufweist, die bei einem Unfall für die Mannschaft sicher sind. Das ideale Vorgehen wäre, das alte Fahrzeug zu verkaufen, da es Sammlerwert aufweist. Man könnte somit noch Geld dafür erhalten und muss keinen neuen Wagen bzw. ein Protzfahrzeug anschaffen. Man sollte aber einen Wagen kaufen, der sich im aktuellen technischen Zustand befindet, der ein Offroad-Fahrzeug für die Feuerwehr erfüllen muss. Es ist wichtig, es nicht aufzuschieben, denn man muss sowieso irgendwann ein Neues anschaffen. Und man würde es auf Kosten der Sicherheit der Mannschaft aufschieben.

Bader Markus: Ich habe eine Frage. Heinrich Müller, du sprichst von einem Occasionfahrzeug. Dieses müsste ja auch umgerüstet werden. Wo liegt die Differenz, wenn man ein neues Fahrzeug anschafft, das 50'000 km auf dem Tacho hat und auch umgerüstet werden müsste? Auf einem neuen Fahrzeug hat man drei bis vier Jahre Garantie. Auf einem vierjährigen Fahrzeug jedoch nicht. Wo befindet sich hier die Rechnung? Wenn man ein Fahrzeug anschaffen muss, würde ich auf ein Neues und nicht auf eine Occasion tendieren.

Müller Heinrich: Christian Wahrstätter hat mit erklärt, dass es "inhouse" umgerüstet werden kann - zum Beispiel auf Blaulicht. Hierzu ist das Knowhow bei der Feuerwehr vorhanden. Auch das Engagement liegt vor.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 9 Ja- : 34 Nein-Stimmen, bei 4 Enthaltungen, folgenden Beschluss:

Der Antrag der Fraktion SP/WettiGrünen, auf die Streichung der Anschaffung eines Ersatzes des Zugfahrzeugs für die Feuerwehr zu verzichten, wird abgelehnt.

Ressort 1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung Konto 1116.3010.00 Regionalpolizei, Löhne

Burger Alain: Die Fraktion SP/WettiGrünen wird heute bekanntlich viele Anträge stellen. Ich bin froh, dass es kein Monolog ist, sondern zwischendurch auch mal eine Antwort folgt, aber wir ziehen es einfach durch.

Die Fraktion SP/WettiGrünen stellt den Antrag, die Stelle eines Polizeiasspiranten wieder ins Budget 2020 aufzunehmen. Sparen bei der Sicherheit und Zukunft geht bei uns nicht. Unsere Region wächst, weshalb es in Zukunft auch mehr Polizistinnen und Polizisten braucht. Die Damen und Herren in Uniform haben keinen leichten Job. Sie müssen schnell handeln und entscheiden. Manchmal geht es sogar um Leben und Tod. Der Mensch immer im Mittelpunkt, 365 Tage im Jahr, 24 Stunden, Tag und Nacht und das bei jedem Wetter. Ich habe viel Respekt vor dieser wichtigen Aufgabe und danke an dieser Stelle auch wieder einmal unserem Polizisten, der uns heute Abend und an jedem unserer Sitzungsabende beschützt. Der Kanton Aargau ist schweizweit nach wie vor der Kanton mit den im Vergleich zur Bevölkerungszahl kleinsten Polizeikörpern. Bei uns im Kanton Aargau ist das Verhältnis zwischen Polizistinnen und Polizisten und Einwohnerinnen und Einwohnern 1 : 700. Als Vergleich in unserer Region: Hinter der Gemeinde Spreitenbach beginnt bekanntlich der Kanton Zürich und dort ist das Verhältnis 1 : 372. Deshalb ist es wichtig, dass auch unsere Regionalpolizei ihre Verantwortung bei der Ausbildung künftiger Polizistinnen und Polizisten wahrnehmen kann. Und wenn wir in diesen Kreis-2-Gemeinden schon immer den Platzhirsch markieren wollen, sollten wir nicht bei der Regionalpolizei und sicherlich nicht bei deren Ausbildung sparen. Ich bitte euch, den Antrag für unsere Regionalpolizei zu unterstützen und die Stelle für einen Polizeiasspiranten wieder ins Budget aufzunehmen. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 11 Ja- : 35 Nein-Stimmen, bei 1 Enthaltung, folgenden Beschluss:

Der Antrag der Fraktion SP/WettiGrünen, Fr. 47'250.00 für die Stelle eines Polizeiasspiranten ins Budget 2020 aufzunehmen, wird abgelehnt.

**Ressort 1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung
Konto 1410.3010.00 Allgemeines Rechtswesen, Löhne**

Gujer Mia: Im Ratssaal verläuft es eigentlich immer gleich. Es werden grosse Reden geschwungen, wie toll und innovativ doch Wettingen ist, wir für die Bevölkerung attraktiv sein müssen und eine Gemeinde voller Kultur und Leben sind. Schlussendlich wird irgendein Projekt, Fest oder Konzert beschlossen und anschliessend erst einmal in einer Schublade verstaubt. Bis zu dem Moment, in dem es um die Umsetzung geht und man plötzlich merkt, dass das Ganze ja etwas kostet. Dann ist dieses neue Projekt plötzlich nicht mehr so cool. Vor ein paar Wochen passierte genau das. Wir haben das Kommunikationskonzept verabschiedet, welches übrigens von allen Fraktionen angenommen wurde und nun stehe ich hier und vertrete einen Antrag, in dem es darum geht, das Ganze noch irgendwie zu retten und eine Grundlage für die Umsetzung genau dieses Projekts zu schaffen. Was bringt uns nun ein 32-seitiges Kommunikationskonzept, wenn es niemand umsetzen kann, weil die Ressourcen dazu fehlen? Ich bitte Sie, dem Antrag "Stellenaufstockung Kommunikation um 50 %" zuzustimmen. Wenn ich ein Bild aufhängen will, kaufe ich mir schliesslich auch Schrauben und nicht nur eine Bohrmaschine.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 13 Ja- : 31 Nein-Stimmen, bei 3 Enthaltungen, folgenden Beschluss:

Der Antrag der Fraktion SP/WettiGrünen um Stellenaufstockung Kommunikation von 50 % wird abgelehnt.

**Ressort 1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung
Konto 1626.3010.00 ZSO Wettingen-Limmattal, Löhne
Konto 1626.3144.00 ZSO Wettingen-Limmattal, Unterhalt Hochbauten, Gebäude**

Burger Alain: Ich nehme die beiden nächsten Anträgen zusammen: "Verzicht auf Stellenaufstockung Zivilschutz" und "Verzicht auf Umbau des KP Langäcker der Zivilschutzorganisation". Selbstverständlich wollen wir die Verzichtse rückgängig machen, mit folgender Begründung: Auch der Bevölkerungsschutz weist eine wichtige Aufgabe der Gemeinde auf. Die Herausforderungen werden auch in diesem Bereich nicht kleiner. Wir von der Fraktion SP/WettiGrünen finden es deshalb wichtig, dass Wettingen eine gut aufgestellte Zivilschutzorganisation aufweist, die sich vorbereitet, mit Partnerorganisationen vernetzt und im Ereignisfall für unsere Einwohnerinnen und Einwohner die geforderte Unterstützung und Betreuung anbieten kann. Wir möchten nicht, dass wegen zu wenig Ressourcen in Zukunft die Korrespondenz liegen bleibt, Zivilschutzleistende ihren Sold nicht erhalten oder die ZSO wegen Kompensation von Überzeiten in einem Schadenereignis nicht erreichbar ist. Ich bitte Sie, unseren Anträgen um Stellenaufstockung des Zivilschutzes um 40 % und Umbau des Kommandopostens Langäcker zuzustimmen. Und ich habe das Gefühl, es wird doch ein Monolog. Vielen Dank.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst folgende Beschlüsse:

Der Antrag der Fraktion SP/WettiGrünen, die Stellenaufstockung von 40 % im Zivilschutz wieder ins Budget 2020 aufzunehmen, wird mit 11 Ja- : 36 Nein-Stimmen abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion SP/WettiGrünen, den Umbau des KP Langäcker der Zivilschutzorganisation wieder ins Budget 2020 aufzunehmen, wird mit 13 Ja- : 34 Nein-Stimmen abgelehnt.

Ressort 2 Bildung**Konto 2193.3010.00 Schulsozialarbeit, Löhne**

Knaup Adrian: Die Fraktion WettiGrünen beantragt, auf die Stellenkürzung von 20 % bei der Schulsozialarbeit zu verzichten. Einige hier im Saal haben sich vorgenommen, zu sparen wo auch immer es möglich ist. Wenn es geht, auch dort, wo es unmöglich ist. Diese Einwohnerratskolleginnen und -kollegen müssen mir nicht zuhören, denn sie kann ich ja nicht umstimmen. Bei den übrigen, die interessiert daran sind, nicht dort zu sparen, wo es schädlich ist, möchten wir uns dafür einsetzen, das Pensum der Schulsozialarbeit nicht zu reduzieren. Eigentlich wollte ich an dieser Stelle ein, zwei Beispiele aus dem Alltag anbringen, wieso es diese Schulsozialarbeit eben braucht, aber ich habe mich entschlossen, es kürzer zu halten. Ich bringe nur noch ein Beispiel, welches hoffentlich umso prägender sein wird.

Die heutige Gesellschaft – nicht zuletzt die Digitalisierung – bringen neue Brennpunkte in die Schule. Als Lehrperson wird es unter Umständen unmöglich zu unterrichten, wenn dermassen viel nebenher läuft. Ich kann euch garantieren, dass ohne eine gute Schulsozialarbeit viele Lehrpersonen ihren Beruf schon längst an den Nagel gehängt hätten. Und dabei ist entscheidend, dass die Schulsozialarbeit verfügbar ist, wenn es sie braucht. Es kann tatsächlich sein, dass die Schulsozialarbeit manchmal am Kaffee trinken ist. Aber sie muss genügend gut dotiert sein, um in den zahlreichen Fällen eingreifen zu können, die nicht selten sehr schnell und mit grosser Wucht auftreten. Hier ein kurzes Beispiel, was übrigens keine Seltenheit aufweist. Es kann sein, dass ich heute im Verlauf dieser Sitzung oder auch im Verlauf der Nacht per Zufall mitbekomme, was online auf diesen diversen Chats läuft. Das kann so stark eskalieren, dass morgen Vormittag sehr schnell eine grosse Anzahl an Leuten organisiert werden müssen - das kann bis zur Polizei reichen. Ich hätte aber eigentlich vorgesehen, im Französischunterricht zu konjugieren. Das kann ich in solchen Momenten alles über den Haufen werden. Und in solchen Momenten braucht es eine gute Schulsozialarbeit. Sie haben übrigens morgen keine freien Termine. Sie ist also bereits ausgelastet, muss morgen aber dastehen können.

Denken Sie bitte nicht, dass es mit einer Schulsozialarbeit «light» getan ist. Wir brauchen eine gut bestückte Schulsozialarbeit, um Konflikten und der Überlastung des Schulsystems, konkret der Lehrpersonen vorzubeugen, die übrigens zunehmend Mangelware sind. Eine Kürzung ist das falsche Signal. Ich rufe dazu auf, diesen Antrag zu unterstützen und auf die Kürzung zu verzichten.

Widmer Franziska: Hierzu möchte ich zwei Dinge ausführen. Einerseits, dass wir diesen Antrag sehr gerne unterstützen. Es bedeutet wirklich eine Entlastung im Schulalltag, wenn man zwei Streitgockel, die den Unterricht so fest stören, dass man keinen normalen Unterricht mehr führen kann, zur Schulsozialarbeit schicken kann. Das andere ist, dass es für mich jeglicher Zuverlässigkeit als Arbeitgeber entbehrt, wenn man diese Stelle das letzte Jahr um 60 % erhöht hat und nun 20 % davon wieder streicht. Das geht für mich nicht. So können wir als Arbeitgeber und Gemeinde nicht auftreten.

Fricker Martin: Dieser Themenblock weist für mich zwei Aspekte auf. Der eine bildet das Problem, dass es in der Schulpflege einen Herrn gibt, der allen Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten eine E-Mail geschickt hat, in welcher er aus einem Bericht der Finanzkommission zitiert. Das ist für mich eine Verletzung der Vertraulichkeit und das finde ich problematisch. Dies rein formal.

Nun zum zweiten, inhaltlichen Aspekt: Wenn man zugehört hat, könnte man meinen, dass wir die Schulsozialarbeit nun abschafft wollen. Das ist bei Weitem nicht der Fall. In dieser E-Mail, die wir alle von diesem Herrn aus der Schulpflege unaufgefordert erhalten haben, steht, dass Avenir Social (das ist die Lobbyorganisation der Schulsozialarbeiter) pro 400 Schüler eine 100 %-Stelle Schulsozialarbeit (SSA) fordert. Der Kanton Aargau empfiehlt pro 700 Schüler

eine 100 %-Stelle SSA. In der Innerschweiz werden zum Teil 900 Schüler empfohlen. Der Kanton Zürich empfiehlt pro 600 bis 900 Schüler eine 100 %-Stelle. Ich habe ja einen gewissen Bezug zur Stadt Winterthur und habe dort nachgeschaut. Sie hatte 2018 sage und schreibe 1162 Schüler pro 100 Stellenprozente in der Schulsozialarbeit. Wir liegen in Wettingen mit etwas über 900 Schülern also nicht so schlecht. Hier muss man also auch die Kirche im Dorf lassen und nicht gleich den Teufel an die Wand malen. Es braucht Schulsozialarbeit, aber mit Mass und deshalb finde ich es nicht gut, wenn man auf diese Reduktion verzichtet.

Scherer Kleiner Leo: Über die Notwendigkeit und Wichtigkeit der Schulsozialarbeit wurde genug ausgeführt. Ich möchte einfach noch kurz anfügen, dass es hier um Fr. 23'000.00 geht, die man spart oder eben nicht spart, sondern klug einsetzt. Hier geht es wieder um eine Sorte Kleinlichkeit und es stinkt mir, dass das offenbar zur Haupt- bzw. Leitkultur des Einwohnerrats und der Gemeinde Wettingen wird.

Gähler Judith: Im vergangenen Jahr hat sich eine Mehrheit dieses Rats mit stichhaltigen Argumenten dafür eingesetzt, die Stellenprozente der Schulsozialarbeit um 60 % zu erhöhen. Dass wir sie nun in diesem Jahr wieder kürzen wollen, entzieht sich unserer Logik. In den letzten Wochen wurden die Resultate der neusten Pisa-Studie publiziert. Laut dieser Studien gibt es in keinem Land Europas so viele Schüler, die gemobbt werden, wie in der Schweiz. Die bekannten Wettinger Zahlen liegen klar unter diesem Resultat, was nicht zuletzt auf die qualifizierte Arbeit und das hohe Niveau unserer Mitarbeitenden der Schulsozialarbeit zurückzuführen ist. Diesen Mitarbeitenden nun wieder Stellenprozente zu kürzen, ist sehr demotivierend, zeugt von Willkür und ist auch personalrechtlich schwierig. Deshalb ist eine Mehrheit der Fraktion FDP dafür, diese Stelle beizubehalten.

Sigrist Thomas, Schulpflegepräsident: Ist es nicht inkonsequent, wenn man einen positiven Entscheid bereits nach einem Jahr wieder rückgängig macht? Ich bedanke mich bei der Fraktion SP/WettiGrünen, dass sie diesen Antrag eingereicht hat und die Schulsozialarbeit damit als wichtig einschätzt. Bereits an der Budgetsitzung 2018 war die Schulsozialarbeit ein gewichtiges Gesprächsthema. Seit dieser Sitzung gab es keine neuen Argumente gegen eine Aufstockung der Schulsozialarbeit. Alle damals genannten Argumente gelten auch heute noch und können im Protokoll nachgelesen werden. Vor einem Jahr haben Sie eine klar positive Haltung zum Thema Aufstockung der Pensen der Schulsozialarbeit vertreten. Egal, welche Parteizugehörigkeit Sie vor einem Jahr hatten, alle führten aus, dass es richtig und auch wichtig sei, die Pensen um 60 % zu erhöhen. Das Abstimmungsergebnis zeigte es dann auch deutlich. 33 von Ihnen haben der Erhöhung zugestimmt, nur sieben waren dagegen und vier haben sich enthalten. Ich hörte und fand heute Abend keine neuen Argumente, wieso die Schulsozialarbeits-Pensen wieder gestrichen werden sollen. Abgesehen davon, dass man Fr. 23'000.00 sparen würde. Im Gegenteil, gerade letzten Dienstag stand im Badener Tagblatt, dass Mobbing an Schulen zunimmt. Gemäss einer neuen Auswertung im Rahmen der Pisa-Studie, welche ja die Jugendlichen selber ausfüllen, gibt es nirgends in Europa mehr Schülerinnen und Schüler, die gemobbt werden, als in der Schweiz. Die Anzahl der körperlichen Übergriffe hat sich sogar verdoppelt. Die Studie zeigt auch auf, dass, wer in der Schule gemobbt wird, als Erwachsener ein dreifach höheres Selbstmordrisiko aufweist. Alleine dieses Resultat sollte uns zu denken geben. Genau um dieses Risiko zu minimieren, macht die Schulsozialarbeit einen wertvollen Job. Und genau jetzt wollen Sie die Schulsozialarbeit um 20 % kürzen? Beim Schulstart 2018 durften wir an der Regelschule 2'347 Kinder beschulen. Beim Schulstart im August, waren es bereits 2'476 Schülerinnen und Schüler. Also 102 Schülerinnen und Schüler mehr als vor einem Jahr. Und Sie möchten nun, trotz einem Wachstum von 4,1 % und einem sehr nachdenklich stimmenden Resultat der Pisa-Studie die benötigten und bewilligten Pensen wieder streichen. Liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, für die Schule und die Schulsozialarbeit ist dieses Vorgehen sehr schwer verständlich und weder nachhaltig noch nachvollziehbar. Zumal die Argumente für eine starke Schulsozialarbeit immer noch dieselben und die Schülerzahlen gestiegen sind. Ich bitte Sie,

dem Antrag der SP/WettiGrünen zu folgen. Es sei richtig und auch wichtig, dass man die Pensen für eine starke Schulsozialarbeit erhöht, haben Sie im 2018 und ich hoffe auch heute wieder beschlossen. Vielen Dank.

Sozzi Sandro, Gemeinderat: Wir mussten im Rahmen der an der letzten Einwohnerratssitzung getroffenen Entscheide handeln. Einerseits haben wir die Schulsozialarbeit, andererseits aber auch die Schuladministration, die in den nächsten Jahren mehr Power benötigt. Deshalb hat sich der Gemeinderat dafür entschieden, dieses Jahr den Schwerpunkt auf die Schuladministration zu legen und dort 40 bzw. 60 % aufzustocken. Dafür wollen wir bei der Schulsozialarbeit um 20 % reduzieren. So können wir die Vorgaben einhalten, die uns der Einwohnerrat gegeben hat.

Scherer Kleiner Leo: Lieber Kollege Christian Wassmer, man sollte die Geschichte jeweils von Beginn an erzählen und nicht erst dort beginnen, wo es einem passt. Es war nicht der Gemeinderat, der auf die Idee kam, 20 % streichen zu wollen. Es war die Finanzkommission mit einem Stimmenverhältnis von 4 : 2, die dem Gemeinderat Druck gemacht hat, sogar um 60 % zu kürzen. Nur, damit das auch noch klar gestellt ist. Den gesamten Einwohnerrat möchte ich darum bitten: Wir haben es nun in der Hand, zu solchen Kürzungen und einer solchen Zick-Zack-Politik nein zu sagen. Wir belassen es, wie es ist, da es so, wie es ist, bewährt ist.

Chapuis François, Präsident Finanzkommission: Ich möchte mich nochmals kurz als Präsident der Finanzkommission dazu äussern. Es war tatsächlich so, dass wir diesen Antrag gestellt haben, aber Sie erinnern sich, dass wir das Budget mit der Chance für den Gemeinderat zurückgewiesen haben, selber Akzente zu setzen. Es gibt Punkte, in denen uns der Gemeinderat definitiv nicht gefolgt ist und Personalaufstockungen getätigt hat und hier hat er sich nun anders entschieden. Das ist der Entscheid des Gemeinderats.

Wassmer Christian: Ich danke Leo Scherer für seine Anmerkung. Es ist schon klar, dass die Finanzkommission Vorschläge gemacht hat. Diese umgesetzt hat jedoch der Gemeinderat. Ich bat vorhin aber um ein Votum des Schulpflegepräsidenten und das würde mich wesentlich mehr interessieren.

Sigrist Thomas, Schulpflegepräsident: Wenn die Schülerzahlen weiter so massiv steigen wie in den letzten Jahren, steigen leider auch die Arbeiten in den Sekretariaten und nicht nur in der Schulsozialarbeit. Und deshalb sind für die Schule Wettingen beide sehr wichtig. Wir brauchen beides, um eine gute Schule führen zu können.

Scherer Kleiner Leo: Ich möchte daran erinnern, dass ich hier noch von niemandem gehört habe, wir wollen kein Wachstum. Ja, die Gemeinde wächst. Die Schülerzahlen nehmen zu. Wenn Sie das Wachstum schon wünschen und mit Baulanderschiessungen und schönen neuen Häusern bereits alles dafür tut, Leute anzuziehen, seien Sie sich bitte auch im Klaren, dass der Betrieb Schule entsprechend mitwachsen muss. Man kann doch nicht mit gleich vielen Leuten plötzlich 120 % erledigen. Das ist schlicht nicht möglich. In diesem Sinne nochmals: Bitte lassen Sie die Schulsozialarbeit so ausgestattet wie sie ist und selbstverständlich muss der administrative Teil auch erhalten, was er benötigt. Ansonsten müssen wir aufhören, Land zu erschliessen, einzuzonen und zu bauen und dafür sorgen, dass die Bevölkerungszahl stabil bleibt oder sogar abnimmt.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 28 Ja- : 17 Nein-Stimmen, bei 2 Enthaltungen, folgenden Beschluss:

Dem Antrag der Fraktion SP/WettiGrünen, auf die Stellenkürzung von 20 % bei der Schulsozialarbeit zu verzichten, wird zugestimmt.

Ressort 3 Kultur, Sport und Freizeit

Konto 3110.3636.01 Kulturförderung, Kulturelle Beiträge

Hansjörg Huser, Einwohnerratspräsident: Als nächstes liegen zum selben Posten zwei Anträge vor. Die einen wollen erhöhen, die anderen kürzen:

- Antrag SP/WettiGrünen: Erhöhung der kulturellen Beiträge auf Fr. 260'000.00
- Antrag Palit Orun, GLP: Kürzung der kulturellen Beiträge um Fr. 25'000.00 von Fr. 244'900.00 auf Fr. 219'900.00

Oberholzer Christian: In diesem korrigierten Budget geht es um eine weitere Kürzung. Dieses Mal im Rahmen von Fr. 15'000.00 für kulturelle Beiträge. Wir stellen uns vehement gegen diese weitere Kürzung. Dieser Budgetposten wurde seit 2015 bereits um Fr. 100'000.00 abgebaut. Wir haben eine Kulturkommission, die mit den zur Verfügung stehenden Geldern sorgsam und verantwortungsvoll umgeht. Dieser Beitrag teilt sich in eine sogenannte Legislaturförderung. Das heisst, grundsätzlich über vier Jahre festgelegt, und über einen Teil als freie Förderbeiträge. Die Anfragen sind jeweils massiv höher als der budgetierte Betrag, der zur Verfügung steht. Weil die Beiträge erst nach Projektabschluss ausbezahlt werden, kann es sein, dass ein Budget nicht voll ausgeschöpft wird. Dies aufgrund von nicht beanspruchten Defizitgarantien oder abgesagten Projekten. Also nicht, weil man weniger benötigt hat, wie man suggerieren will, wenn man auf den Betrag der Rechnung 2018 zurückgeht. Mit einer weiteren Kürzung dieses Budgets kann es auch institutionelle Organisationen treffen, wie zum Beispiel das Blasorchester Baden-Wettingen, die Musikgesellschaft Harmonie, Wettinger Kammerkonzert, das Bluesfestival, Fantoche, das Eduard Spörri-Museum oder das Kino Orient. Wenn wir jetzt weiterkürzen, steht kein Stein mehr auf dem anderen. Deshalb lehnen wir die Kürzung ab und wollen wieder auf Fr. 260'000.00 erhöhen.

Palit Orun: Ich habe einen Kürzungsantrag um Fr. 25'000.00 eingereicht. Es ist ja nicht so, dass wir für Kultur nichts zur Verfügung haben. Irgendwann müssen wir auch mal Prioritäten setzen. Wettingen ist eine Sportstadt. Ich will mehr Sport und weniger Kultur. Das soll auch einen Teil dazu beitragen, diese Sportkoordinationsstelle für die 50 Sportvereine zu finanzieren. Es gibt genügend Kulturangebote in der näheren Umgebung. In Aarau, Baden, Lenzburg und Zürich. Ich bin überzeugt davon, dass wir eine Wohngemeinde sind. Und Sport ist ein wichtigerer Teil als Kultur. Kultur kann man auch ein paar Minuten von Wettingen entfernt geniessen. Zudem erfüllt es das, was Christian Wassmer verlangt - Verzicht. Wir verzichten etwas weniger auf Sport, dafür etwas mehr auf Kultur.

Scherer Kleiner Leo: Als absoluter Nichtsportler bin ich ein grosser Freund einer Sportkoordinationsstelle. Wenn es hingegen darauf hinaus läuft, die Kultur zu kanibalisieren, damit die Sportkoordinationsstelle geschaffen werden kann, bin ich der Meinung, wenn schon sparen, dann aber alles streichen. Das kann es ja nicht sein. Entweder, wir geben uns Mittel für eine Vielfalt oder eben nicht. Kultur ist bei uns nicht top, der Sport aber übrigens auch nicht. Wir sind als Sportstadt nicht so überdurchschnittlich gut. Das wird zwar immer gross kommuniziert, aber wenn man die Zahlen betrachtet, stellt man fest, dass Baden und Aarau nicht weniger für den Sport tun als Wettingen. Und das ohne sich Sportstadt zu nennen. Nur wir, weil wir sonst beinahe nichts tun, müssen es so gross betonen. Dass man aber bei der Kultur, bei der wir tatsächlich weit unterdurchschnittlich sind, noch abstreichen will - wenn das durchkommt, werde ich die Sportkoordinationsstelle auch nicht mehr unterstützen.

Camponovo Christa: Uns und mich hat die Aussage, wir seien eine Sport- und keine Kulturstadt, schon etwas erschreckt. Schon dieses Gegenüberstellen ist ziemlich erschreckend. Was bedeutet das, keine Kulturstadt zu sein und diese ja in Baden etc. stattdessen? Dann müssten wir dort aber unterstützen gehen. Kultur ist nicht etwas, zu dem man schnell hinget und das nur von denen konsumiert wird, die es sich leisten können. Kultur ist identitätsstiftend. Denken Sie an das schöne Projekt Urban Sketching, als die Landstrasse gezeichnet wurde. Wenn man das streicht, müsste ich als Präsidentin die Zauberpuppe beerdigen, da der Kanton auch nichts mehr zahlen wird. Es handelt sich um viele wichtige Dinge, die ich nicht gegeneinander ausspielen will. Ich bin der Meinung, wir sollten dem Antrag um Erhöhung zustimmen, nicht dem um Kürzung.

Palit Orun: Ich möchte präzisieren. Ich habe nicht von keiner, sondern von weniger Kultur gesprochen. Wir führen eine Budgetdebatte und haben beschlossen, Prioritäten setzen zu müssen. Man kann nicht immer den Fünfer und das Weggli haben. Nun liegt ein Antrag vor. Es bedeutet ja nicht, dass es für immer so sein muss. Aber jetzt ist es nun halt mal so, dass ein Kürzungsantrag vorliegt und wir können darüber debattieren.

Scherer Kleiner Leo: Wir befinden uns in einer budgettechnischen Debatte. Wir könnten es auch ganz simpel machen, lieber Orun Palit, und beschliessen, dass wir in diesem Jahr Fr. 47'000.00 oder Fr. 45'000.00 weniger Schuldendämpfung betreiben. Nur einmal, dieses Jahr. Dann wäre es auch wieder finanziert und man müsste nicht die Kultur kanibalisieren.

Scherer Sylvia: Ich finde es auch nicht sympathisch, Kultur gegen Sport auszuspielen aber ich möchte nochmals darauf zurückkommen, dass wir in dieser Kulturkommission wirklich zwei Dinge haben. Wir haben die Legislaturbeiträge, die auf die Legislatur gestellt werden, vier Jahre lang mehr oder weniger so bleiben und alle Jahre bezahlt werden. Und dann haben wir die Produktionsbeiträge, für die jemand ein Gesuch stellen kann, wenn er zum Beispiel eine neue Uniform benötigt, eine Veranstaltung oder ein Konzert durchführt. Vielleicht müsste man bei denen noch besser und genauer abklären, ob sie bereits von anderer Seite stark gefördert werden, es sich wirklich um etwas handelt, das einen Nutzen für unseren Standort hat und ob es wichtig für Wettingen ist. Hier müsste man das eine oder andere Mal vielleicht einen Betrag streichen. Sparen tut weh, aber es schmerzt uns alle und wir müssen alle auf etwas verzichten.

Rey Philippe, Gemeinderat: Lassen Sie mich eine Konkretisierung anbringen. Diese vorgeschlagenen Fr. 25'000.00 sind eigentlich zu Fr. 15'000.00 bereits erreicht. Der Gemeinderat konnte zähneknirschend Fr. 15'000.00 akzeptieren. Es wären also zusätzlich Fr. 10'000.00, die man darüber hinaus sparen möchte. Die Folgen einer weiteren Verzichtsplanung kann ich Ihnen beispielhaft aufzeigen. Für den Fall der Fälle habe ich für morgen einen Brief vorbereitet: "Liebe Kulturvereinspräsidentin, lieber Präsident. Auf Geheiss des Einwohnerrats dürfen wir Ihnen heute mit Sportsfreude mitteilen, dass Wettingen keine Kultur-, sondern eine Sportstadt ist. Gerne werden wir den Antonius Chor, das Blasorchester Baden-Wettingen, die Harmonie Wettingen-Kloster, den Männerchor Liederchranz, die Tambourenvereinigung, Vocalino, die Wettinger Sommerkonzerte, das Kammerorchester, Figurentheater, Spörri-Museum und andere beraten, wohin sie sich wenden können, wo sie Turn- und Fussballschuhe mit Noppen beziehen können, denn Kultur wird nicht mehr unterstützt. Betreffend Skifahren, Eishockey und Schwimmen können Sie sich an den Gemeinderat wenden. Ich selber tausche gerne Trompeten gegen Turnschuhe und Gitarren. Allenfalls können Sie sich auch erkundigen, wohin Sie sich in Baden wenden können, denn dort findet Kultur noch statt. Wettingen, die lebensfreudige Gesellschaft."

Hansjörg Huser, Einwohnerratspräsident: Uns liegen zwei Anträge vor. Einer seitens SP/Wettigrün und einer seitens Orun Palit, GLP. Wir stellen sie einander gegenüber und der Obsiegende schafft es in die Schlussabstimmung.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst folgenden Beschluss:

Der Antrag um Kürzung der kulturellen Beiträge um Fr. 25'000.00 von Fr. 244'900.00 auf Fr. 219'900.00 von Orun Palit, GLP, obsiegt dem Antrag der Fraktion SP/WettiGrünen um Erhöhung auf Fr. 260'000.00 mit 20 Ja- : 15 Nein-Stimmen, bei 12 Enthaltungen.

Schlussabstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 10 Ja- : 34 Nein-Stimmen, bei 3 Enthaltungen, folgenden Beschluss:

Der Antrag um Kürzung der kulturellen Beiträge um Fr. 25'000.00 von Fr. 244'900.00 auf Fr. 219'900.00 von Orun Palit, GLP, wird abgelehnt.

Ressort 3 Kultur, Sport und Freizeit, Konto 3410.3010.00 Sport und Sportanlagen, Löhne

Ernst Manuela: Zur Schaffung einer Sportkoordinationsstelle (Pensum 50 %) ist der Betrag von Fr. 58'800.00 ins Budget 2020 aufzunehmen. Weiter wird der Gemeinderat beauftragt, aktiv und schnellstmöglich allfällige Förderbeiträge beim Kanton einzufordern und den Stellenbeschrieb an die Bedingungen des Kantons zum Erhalt der Fördergelder anzupassen.

Wir erinnern uns, Wettingen hat sich die drei Pfeiler Gartenstadt, Generationenstadt und Sportstadt als Aushängeschild auf die Fahne geschrieben. Im August hat sich die Fraktion GLP mit dem Sport in Wettingen auseinandergesetzt. Thema war "Sportstadt Wettingen, fit für die Zukunft?". Hierzu haben wir eine Podiumsdiskussion organisiert, für die wir vorab einen Fragebogen versandt haben. Von den auf der Wettinger Internetseite aufgeführten Wettinger Sportvereinen haben wir rund 15 Antworten erhalten. Darunter befanden sich alle grossen Wettinger Sportvereine. Unter Anderem haben wir uns nach den für sie auf Gemeindeebene zuständige Ansprechperson sowie ihrer Zufriedenheit mit der Kommunikation erkundigt. Uns wurden rund sechs verschiedene Ansprechpersonen genannt und dies bei nur 15 Rückmeldungen. Die Kommunikation wurde von ungenügend bis sehr gut beurteilt. Wieso gibt es so viele Ansprechpersonen in Wettingen? Einerseits ist es abhängig vom Austragungsort, andererseits aber auch von der Uhrzeit der Nutzung und ob es sich um einen Wochentag oder ein Wochenende handelt. Oder noch etwas komplizierter: Ob es sich um einen Ferien- oder Feiertag handelt.

Ein Mitglied der Sportkommission ist momentan für die Hallenkoordination an Abenden unter der Woche zuständig. Im letzten Jahr wendete er für die Koordination und dem Mehraufwand durch Umkoordination aufgrund diverser Umbauten 350 Stunden auf und das für eine Entschädigung unter Fr. 1'000.00. 350 Stunden ergibt ein Arbeitspensum von 20 %. Wir sprechen hier nur von der Hallenkoordination an Abenden unter der Woche. Wir dürfen uns gar nicht ausmalen, was passieren würde, wenn dieser freiwillige Koordinator ausfallen würde.

Der Kanton übernimmt normalerweise für die ersten fünf Jahre jeweils Fr. 5'000.00 pro 10 Stellenprozenten. In unserem Fall ergäben das somit Fr. 25'000.00 der Gesamtkosten. Da Wettingen aber bereits einmal einen solchen Sportkoordinator hatte, diesen aber abgeschafft hat, ist noch unsicher, ob es der Kanton nochmals mitfinanziert. Er sieht aber, dass sich Wettingen für den Sport einsetzt und Sportstadt ist. Trotzdem dürfen wir wirklich nicht vergessen, dass unsere Vereine eine unglaubliche Leistung an freiwilliger Arbeit, Jugend- und Integrationsförderung erbringt. Da sind wir es ihnen doch schuldig, auf Gemeindeebene eine koordinierte Stelle mit einer ambitionierten und sportbegeisterten Ansprechperson zu bieten. Ich möchte nicht jemanden, der in diese Stelle gedrängt wird sondern jemanden, der sich mit

Herzblut für den Sport einsetzt. Ich bitte Sie deshalb, diese Stelle gut zu heissen. Und noch eine kleine Randbemerkung: Baden hat eine 60 % Stelle für die Sportkoordination und nennt sich nicht Sportstadt.

Urfer Katharina: Die SP/Wettigrüen unterstützt den Antrag voll und ganz. Manuela Ernst nahm mir ziemlich viel vorneweg. Eines möchte ich als Präsidentin des Schwimmclubs Wettingen, die ich seit 20 Jahren bin, aber noch anmerken. Ich arbeite ehrenamtlich. Gemeinsam mit dem Sportkoordinator von Baden habe ich zum Glück kurz bevor das Desaster eingetroffen ist, eine gute Lösung gefunden. Dies, weil er sich sehr engagiert hat und unsere Probleme erkannt hat, dass Wasser in Wettingen und Umgebung zu erhalten nicht einfach ist. Deshalb finde ich, dass ein solcher Sportkoordinator allen Wettinger Sportvereinen helfen würde. Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Gähler Judith: Wir stellen einen Gegenantrag zu dem von Manuela Ernst.

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Stelle der Sportkoordination erneut zu prüfen. Er soll dem Einwohnerrat nach einer fundierten Abklärung beim BKS und dem Prüfen verschiedener Möglichkeiten einen Antrag mit genauem Inhalt und Zahlen vorlegen. Vor allem soll er auch die Möglichkeit einer internen Stellenverschiebung ohne Pensenaufstockung, sprich Pensenerhöhung enthalten.

Begründung: Die Stellenschaffung einer Sportkoordination zum heutigen Zeitpunkt kommt einer Hauruck-Übung gleich. Es fehlen genaue Eckzahlen. Zudem ist nicht sichergestellt, ob die Subventionen des Kantons für das Jahr 2020 noch beantragt werden können. Eine seriöse und fundierte Abklärung der Höhe der Stellenprozente, die Weiterbildung des künftigen Stelleninhabers bzw. der künftigen Stelleninhaberin und die Subventionen des Kantons würden die Chancen auf die Schaffung dieser Stelle deutlich erhöhen.

Egloff Thomas: Das Leben besteht eben auch aus verpassten Chancen. Diese Worte gab mir dereinst einer meiner drei Brüder nach einem klärenden Gespräch mit auf den Weg. Ab und zu kommen mir diese Worte wieder in den Sinn, wenn es um Entscheidungen geht. Für die Fraktion EVP/Forum 5430 ist die Streichung der geplanten Sportkoordinationsstelle definitiv eine verpasste Chance. Nämlich die Anliegen der vielen Wettinger Sportvereine ernst zu nehmen und für eine Verbesserung der unbefriedigenden Situation rund um die sportlichen Aktivitäten in der Gemeinde zu sorgen. Auch die Förderung des Breitensports wird so weiterhin dem Zufall überlassen. Sportstadt, einer der drei Leuchttürme Wettingens, und die Streichung der geplanten Sportkoordinationsstelle passen einfach nicht zusammen. Die Chance, ein nachhaltiges und sportliches Zeichen zu setzen, möchten wir nicht verpassen und sind deshalb gegen die Streichung dieses Budgetpostens.

Scherer Kleiner Leo: Liebe Kollegin von der Fraktion FDP. Ich dachte, wir befinden uns in einer Budgetdebatte. Da kann man Anträge stellen, die spezifisch sind und spezifisch auf das Budget zugreifen. Zum Beispiel "Aufnahme in das Budget Fr. 58'800.00". Und was wollt ihr jetzt genau? Eigentlich müsstet ihr ein Postulat einreichen und den Gemeinderat auffordern, irgendetwas zu prüfen. Was ändert sich aber mit eurem Antrag spezifisch am Budget? Das wüsste ich schon noch gerne.

Gähler Judith: Hinter der Motivation dieses Antrags steht, dass wir im Moment zu der Wiederaufnahme dieser Stelle im Budget nicht ja sagen können, wir uns die Option der Zustimmung aber offenlassen wollen, bis alle Daten vorliegen. Wenn aber ein Postulat nötig ist, formuliere ich dieses gerne.

Hansjörg Huser, Einwohnerratspräsident: Das wäre sinnvoller.

Judith Gähler: Dann werde ich an der Einwohnerratssitzung von kommendem Donnerstag ein Postulat einreichen.

Urfer Katharina: Ich bin mir nicht sicher, ob bei allen angekommen ist, dass der Kanton diese Sportkoordinationsstelle mit Fr. 20'000.00 unterstützt. Statt Fr. 58'800.00 kostet diese Stelle mit Unterstützung des Kantons Fr. 20'000.00 weniger.

Ernst Manuela: Ich möchte anfügen, dass ich wirklich nicht nochmals ein Jahr warten und die Mitbürger damit ausquetschen möchte. So vergraulen wir unsere freiwilligen Mithelfer. 350 Stunden sind doch eigentlich schon Recherche genug. Das ist auf freiwilliger Basis. So etwas muss man innerhalb eines Jahres zuerst leisten.

Scherer Kleiner Leo: Auch noch budgettechnisch: Es gilt das Bruttoprinzip, sprich, wir müssen den Gesamtaufwand im Aufwand budgetieren und wenn Beiträge in Aussicht stehen, müssen wir diese als Beträge in einem anderen Konto budgetieren. Wir können nicht eine Nettoszahl einstellen. Wie sicher sind diese Fr. 20'000.00?

Rey Philippe, Gemeinderat: Kurz zur Ergänzung: Was Manuela Ernst ausgeführt hat, ist eigentlich der korrekte Ansatz. Evtl., wenn man ein Gesuch stellt und die Bedingungen erfüllt, gibt es pro 10 Stellenprozente Fr. 5'000.00. Von Fr. 20'000.00 ist nirgends die Rede. Das ist nur ein Fallbeispiel. Wenn man eine 100 % Stelle beantragen würde, wären es 50 %. So ist das gedacht. Wir sind in Verhandlung mit dem Kanton, aber zugesichert hat noch niemand etwas. Das wäre der nächste Schritt, sofern wir den Auftrag erhalten.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 21 Ja- : 22 Nein-Stimmen, bei 4 Enthaltungen, folgenden Beschluss:

Der Antrag von Manuela Ernst, GLP, zur Schaffung einer Sportkoordinationsstelle (Pensum 50 %) sei der Betrag von Fr. 58'800.00 ins Budget 2020 aufzunehmen. Weiter werde der Gemeinderat beauftragt, aktiv und schnellstmöglich allfällige Förderbeiträge beim Kanton einzufordern und den Stellenbeschrieb an die Bedingungen des Kantons zum Erhalt der Fördergelder anzupassen, wird abgelehnt.

Ressort 3 Kultur, Sport und Freizeit **Konto 3410.3636.40 Beiträge an Sportvereine**

Burger Alain: Der nächste Antrag gehört der Kategorie Symbolpolitik an. Man weiss, dass man mit der falschen Symbolpolitik eigentlich kein Geld sparen, aber ganz viele Leute in dieser Gemeinde wütend machen kann. Wir haben vorhin gehört, wie stolz wir auf die hier ehrenamtlich geleistete Arbeit sind. Sie wird nicht nur in der Kultur, sondern eben auch bei den Sportvereinen geleistet. Das ist uns wichtig, weshalb ich hier nun wegen Fr. 8'000.00 stehe. Um die geht es nun gegenüber eines Budgets in Höhe von 100 Mio. Franken aber man fand es ja schliesslich auch würdig, diese Fr. 8'000.00 zu streichen. So können wir es nun auch wichtig finden, uns diese Zeit zu nehmen, um sie wieder ins Budget zu stellen. Die Beiträge an Sportvereine wurden dank der Rückweisung um Fr. 8'000.00 nach unten korrigiert. Wir von der Fraktion SP/WettiGrünen wollen nicht, dass bei der Wettinger Kultur, aber eben auch nicht bei den Wettinger Sportvereinen gespart wird.

Wir stellen den Antrag, die Beiträge an die Sportvereine um Fr. 8'000.00 zu erhöhen. Schliesslich will Wettingen eine Sportstadt und nicht nur eine Eis-Stadt sein. Die finanzpolitische Eiszeit ist im Einwohnerrat jedenfalls schon angekommen. Wir hoffen nicht, dass nun auch noch unsere Vereine darunter leiden müssen. Bitte unterstützen Sie diesen Antrag zugunsten der Wettinger Sportvereine. Wir sind sehr gespannt, wer nun wann aufsteht.

Chapuis François, Präsident Finanzkommission: Alain Burger, wenn du das Budget genau geprüft hast, hast du festgestellt, dass dieser Wert von Fr. 17'500.00 genau dem Wert des Budgets 2018 entspricht. Dieser Ansatz bildet somit nicht ein Streichen, sondern ein Beibehalten.

Burger Alain: Vielen Dank für den Hinweis. Das habe ich bereits selber festgestellt, aber streichen ist streichen, weniger ist weniger. Reden wir nicht um den heissen Brei, ihr wollt den Sportvereinen weniger geben. So einfach ist es.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 16 Ja- : 30 Nein-Stimmen, bei 1 Enthaltung folgenden Beschluss:

Der Antrag der Fraktion SP/WettiGrünen, die Beiträge an die Sportvereine um Fr. 8'000.00 zu erhöhen, wird abgelehnt.

Ressort 3 Kultur, Sport und Freizeit Konto 3424.3010.00 Fachstelle Gesellschaft

Chapuis François, Präsident Finanzkommission: Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat, die Personalkosten in der Fachstelle Gesellschaft um Fr. 10'000 auf neu Fr. 50'000 (Niveau 2019) zu reduzieren. Abstimmungsverhältnis: 5 Ja- : 2 Nein-Stimmen, bei 7 Anwesenden.

Bei der Fachstelle Gesellschaft, welche im 2019 geschaffen wurde, beabsichtigt der Gemeinderat, den Lohn um 20 % anzuheben, was in der Finanzkommission auf Unverständnis und Ablehnung stösst. Die Finanzkommission ist grossmehrheitlich der Auffassung, dass die budgetierte Besoldungsanpassung nicht im Verhältnis zu Aufgabe und Stelle passt. In Anbetracht der finanziellen Situation der Gemeinde soll das Lohnniveau auf dem des Vorjahrs 2019 verbleiben. Unter diesem Aspekt stellt die Finanzkommission den Antrag, die Personalkosten in diesem Bereich um Fr. 10'000.00 auf neu Fr. 50'000.00 (Niveau 2019) zu reduzieren. Zumal der Gemeinderat diesem Antrag zustimmen kann, wird dieser von der Finanzkommission grossmehrheitlich mit 5 Ja- : 2 Nein-Stimmen angenommen.

Camponovo Christa: Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, wurde bei der Einführung dieser Fachstelle Gesellschaft der ursprüngliche Lohn gesenkt, um den Umfang der Stelle beibehalten zu können. Das war entweder nicht sehr weitsichtig oder taktisch bedingt, was wir nicht goutieren. Es hätte doch damals schon klar sein müssen, dass hier eine qualifizierte Fachperson zum entsprechenden Lohn angestellt werden muss. Jetzt, wo eine solche Person angestellt ist und einen sehr guten Job leistet - ich konnte mich selber davon überzeugen - und das Verwaltungs- und Milizsystem entlasten kann, sind wir mit dieser Anpassung im Budget konfrontiert. Der Output dieser Fachstelle ist ja nicht nur einfach verwaltungsintern. Er vervielfacht sich, weil das Engagement vieler freiwillig und ehrenamtlich Tätigen in Wettingen unterstützt, koordiniert und gefördert wird. Wenn wir schon nur daran denken, was im Bereich Alter auf uns zukommt, kann man ermessen, wie wichtig die Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Engagements durch diese Gemeinde ist. Ich zitiere: "Als Gemeinde müssen wir unbedingt in den Zusammenhalt der Gesellschaft investieren, sonst fällt er auseinander und wir tragen die Kosten. Die Darstellung des entsprechenden Personals in einer Gemeinde ist gut investiertes Geld." Das ist sinngemäss zitiert eine Aussage eines bürgerlichen Gemeinderatspräsidenten in einer sehr vergleichbaren Gemeinde. Er stand einer solchen Stelle zuerst selber skeptisch gegenüber, hat sie aber später durch alle Böden hindurch verteidigt. Wir lehnen den Antrag der Finanzkommission ab und bitten Sie, sich uns anzuschliessen. Die erwähnte Gemeinde ist vergleichbar, hat aber einen Steuerfuss von 108 %.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 35 Ja- : 12 Nein-Stimmen folgenden Beschluss:

Der Antrag der Finanzkommission, die Personalkosten in der Fachstelle Gesellschaft um Fr. 10'000.00 auf neu Fr. 50'000.00 (Niveau 2019) zu reduzieren, wird genehmigt.

Ressort 3 Kultur, Sport und Freizeit Konto 3424.3130.01 UNICEF

Gujer Mia: Dieses Votum halten zu müssen, ist mir beinahe etwas peinlich, denn während meiner Recherchen zu meinem heutigen Votum stiess ich auf einen Artikel in der AZ vom 5. Dezember 2017. Dort wird mit Pauken und Trompeten erzählt, dass wir eine von nur sechs Gemeinden der Schweiz sind, die sich offiziell den Titel "kinderfreundliches Dorf" geben dürfen. In einem langen Text wird seitens Gemeinderat vorgeschwärmt, was für tolle Projekte nun auf die Beine gestellt werden, um diesem Titel gerecht zu werden. Jetzt haben wir 2019 und wollen unseren Vierjahresplan nach nicht einmal drei Jahren wieder beenden. Für eine so grosse Gemeinde wie Wettingen wäre es traurig, dieses Projekt heute bachab zu schicken. Ich verlasse mich auf Ihre Weitsicht und bitte Sie, für die Finanzierung und die damit verbundene Umsetzung des UNICEF-Massnahmenplans zu stimmen.

Huser Hansjörg, Einwohnerratspräsident: Wir fügen eure zwei nächsten Anträge gleich an.

Konto 3424.3170.13 Kinder- und Jugendprojekte, Ideentopf

Oberholzer Christian: Es handelt sich um zwei Anträge, die beide im weitesten Sinne mit der 975-Jahr Feier zu tun haben. Beim Ersten handelt es sich um Fr. 10'000.00, die einen Verzicht des Jugendprojekts "Perlenkette" bedeutet. Die Projekte der "Perlenkette" sind eine Ergänzung zum zehntägigen Fest im August. Mit der Kürzung um Fr. 10'000.00 wird bewusst auf die Einbindung der offenen Jugendarbeit in dieser Perlenkette verzichtet und das in einer Gemeinde, die, wie es Mia Gujer erwähnt hat, erst vor zwei Jahren das UNICEF-Label für ein kinderfreundliches Dorf erhalten hat. Die Jugend bildet unsere Zukunft und es ist falsch, aufgrund der angespannten finanziellen Situation an unserer Zukunft zu sparen.

Konto 3424.3170.13 Kinder- und Jugendprojekte, Ideentopf

Gujer Mia: Ein weiterer Antrag richtet sich an die Erhaltung der Jugendanimation an der 975-Jahr Feier. Ich kann mich noch daran erinnern, als der Einwohnerrat das 975-Jahr Jubiläumsfest verabschiedet hat. Da hiess es, man wolle ein Fest feiern, an dem alle Generationen teilnehmen können und möglichst viele Menschen miteinbinden. Jetzt haben wir viele Jugendvereine, die diese Chance nutzen und ein Engagement am Fest leisten. Es ist ebenfalls eine Chance für die Jugendarbeit, sich zu vernetzen und Jugendliche, die nicht in einem Verein aktiv sind, anzusprechen. Als jüngste Einwohnerrätin in diesem Saal bitte ich Sie, der Finanzierung des Jugendprojekts zuzustimmen.

Abstimmungen

Der Einwohnerrat fasst mit 11 Ja- : 36 Nein-Stimmen folgenden Beschluss:

Der Antrag der Fraktion SP/WettiGrünen um Finanzierung des UNICEF-Massnahmenplans (Fr. 30'000.00) wird abgelehnt.

Der Einwohnerrat fasst mit 13 Ja- : 31 Nein-Stimmen, bei 3 Enthaltungen, folgenden Beschluss:

Der Antrag der Fraktion SP/WettiGrünen um Finanzierung des Jugendprojekts "Perlenkette" anlässlich der 975-Jahr Feier (Fr. 10'000.00) wird abgelehnt.

Der Einwohnerrat fasst mit 10 Ja- : 35 Nein-Stimmen, bei 2 Enthaltungen, folgenden Beschluss:

Der Antrag der Fraktion SP/WettiGrünen um Finanzierung der Jugendanimation anlässlich der 975-Jahr Feier wird abgelehnt.

Ressort 5 Soziale Sicherheit

Konto 5920.3632.00 Beiträge an Gemeinden

Konto 5930.3636.00 Beiträge an private Organisationen

Müller Heinrich: Ich bringe zwei Anträge an. Die Fraktion SP/WettiGrünen ist gegen das Sparen bei den Ärmsten. Wir sind überzeugt, dass der Gemeinderat fähig ist zu entscheiden, ob eine Notlage schwerwiegend ist und er deshalb Unterstützung sprechen will. Ein Beispiel ist die Gemeinde Gondo, die unterstützt wurde, aber auch andere humanitäre Projekte. In fremden Ländern geht es häufig sogar um Menschen, die an ihrem Leben bedroht sind, sei es durch Erdbeben oder andere schlimme Situationen. Ich erachte es als eine Frage der Solidarität, des Respekts und der Dankbarkeit, hier leben zu dürfen, es nicht zu streichen. Verzicht hat für mich in diesem Zusammenhang einen leicht zynischen Unterton.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 15 Ja- : 30 Nein-Stimmen, bei 2 Enthaltungen, folgenden Beschluss

Der Antrag der Fraktion SP/WettiGrünen auf die Kürzung der freiwilligen Spendenbeiträge an Gemeinden um Fr. 5'000.00 zu verzichten, wird abgelehnt.

Der Einwohnerrat fasst mit 11 Ja- : 33 Nein-Stimmen, bei 3 Enthaltungen, folgenden Beschluss:

Der Antrag der Fraktion SP/WettiGrünen auf die Kürzung der freiwilligen Spendenbeiträge an private Organisation um Fr. 15'000.00 zu verzichten, wird abgelehnt.

Ressort 6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Konto 6150.3120.01 Gemeindestrassen, Energiekosten

Chapuis François, Präsident Finanzkommission: Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat, die Energiekosten Strassenbeleuchtung der Gemeindestrassen um Fr. 20'000.00 auf neu Fr. 127'000.00 zu reduzieren durch die Nachtabschaltung von 01.00 bis 04.00 Uhr. Abstimmungsverhältnis: 7 Ja- : 0-Nein-Stimmen, bei 7 Anwesenden.

Unter Berücksichtigung des vom Einwohnerrat an den Gemeinderat überwiesenen "Klimanotstands" erachtet die Finanzkommission diesen Kürzungsantrag als angemessen und vertretbar. Die Finanzkommission gewichtet den Beitrag an die Reduktion von öffentlicher "Lichtverschmutzung" sowie die finanzielle Entlastung höher als die damit verbundene Einbusse an subjektiv empfundener Sicherheit im öffentlichen Strassenbereich. Zumal der Gemeinderat diesem Antrag zustimmen kann, wird dieser in der Finanzkommission einstimmig angenommen.

Fischer-Lamprecht Lutz: Mit dem Antrag der Finanzkommission wird etwas verlangt, was auf der linken Ratsseite schon lange ein Wunsch ist. Am 12. Mai 2011 reichte meine Parteikollegin Helen Suter ein Postulat zur Eindämmung der Lichtverschmutzung ein und schlug vor, die Strassenbeleuchtung von 0:00 bis 05:00 Uhr zu reduzieren. Am 21. Juni 2018 reichte die Fraktion GLP ein ähnliches Postulat ein mit der Bitte an den Gemeinderat, die Abschaltung der Strassenbeleuchtung von sonntags bis donnerstags von 01:00 bis 05:00 Uhr einzuführen. Es ist gerade einmal ein Jahr her, dass wir dieses Postulat hier im Rat diskutiert haben. Der Gemeinderat wollte es entgegennehmen. Von bürgerlicher Seite her wurde es grossmehrheitlich abgelehnt und letztendlich zurückgewiesen. Dazu geführt haben damals, wie von François Chapuis bereits erwähnt, Sicherheitsbedenken. Jetzt folgt die Finanzkommission mit dem Antrag, das Licht von 01:00 bis 04:00 Uhr zu löschen. Sind die Sicherheitsbedenken nun wirklich weg? Ist die Sicherheit nicht so relevant, wenn man im Budget nochmals Fr. 20'000.00 einsparen kann? Oder ist der Unterschied der, dass es nun eine Stunde weniger ist als ursprünglich von der Fraktion GLP beantragt? Oder weil jetzt auch freitags und sonntags kein Licht brennen soll? Aus unserer Sicht wäre es viel seriöser gewesen, das Postulat 2018 zu überweisen und dem Gemeinderat damit die Möglichkeit einzuräumen, verschiedene Varianten zu prüfen, um dann die beste und sicherste umzusetzen. Ganz so, wie es der damals zuständige Gemeinderat Martin Egloff damals erklärt hat. Im Protokoll kann man es nachlesen: "Der Gemeinderat will das Postulat in erster Linie entgegennehmen und anschliessend einen Vorschlag ausarbeiten, welcher dem Einwohnerrat wieder zur Abstimmung vorgelegt wird." Jetzt heisst es quasi, Vogel friss oder stirb. Eine seriöse Prüfung der Sicherheit oder genau genommen der gefühlten Sicherheit, wird es also nicht geben. Wir erachten das als typisches Zeichen für die Art und Weise, wie hier im Rat manchmal gespart wird. Wir werden dem Antrag gleichwohl zustimmen, da wir es bereits seit acht Jahren so haben möchten.

Scherer Kleiner Leo: Die Gemeindestrassen gehören in der Finanzkommission zu meinem Bereich. Ich habe diesen Punkt angebracht. Ich bin froh, dass der Gemeinderat ihn übernommen hat. An Lutz Fischer-Lamprecht und weitere, die Bedenken haben, gerichtet: Was wir heute verbindlich beschliessen ist, dass der Betrag für den Strom der Strassenbeleuchtung um Fr. 20'000.00 gekürzt wird und fertig. Etwas anderes beschliessen wir nicht. Diese Fr. 20'000.00 wurden auf der Basis, die Lichter zwischen 01:00 und 04:00 Uhr abzuschalten, berechnet. Wenn der Gemeinderat das umsetzt, kann er immer noch die diversen Prüfungen tätigen sowie weitere Aspekte einbeziehen, die vielleicht sinnvollerweise auch noch geprüft werden müssen.

Ernst Manuela: Wir können nur süffisant lächeln und lernen. Memo an mich: Bei der nächsten Motion muss mit Kosteneinsparungen argumentiert werden und nicht mit ökologischen Gründen. Wir freuen uns aber selbstverständlich über das nächtliche Lichtabschalten.

Burger Alain: Gegenüber meiner vorherigen Aussage: Manchmal, aber ganz, ganz selten, ist weniger wirklich mehr. Jetzt liegt uns gerade ein solcher Fall vor. Unsere Fraktion wird diesem Antrag zustimmen und freut sich über weniger Lichtverschmutzung in Wettingen und mehr Sterne an der Limmat.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 45 Ja- : 1 Nein-Stimmen, bei 1 Enthaltung, folgenden Beschluss

Dem Antrag der Finanzkommission, die Energiekosten Strassenbeleuchtung der Gemeindestrassen um Fr. 20'000.00 auf neu Fr. 127'000.00 zu reduzieren durch die Nachtabschaltung von 01.00 bis 04.00 Uhr, wird zugestimmt.

Ressort 7 Umweltschutz und Raumordnung
Konto 7900.3130.01 Dienstleistungen Dritter

Fischer Andrea: Mitten in unserer Gartenstadt dämmert seit Jahrzehnten ein Juwel in einem Dornröschenschlaf vor sich hin. Die Rede ist vom alten Friedhof St. Sebastian. In einem Artikel der AZ aus dem Jahr 2012 und von vielen Einwohnerinnen und Einwohnern wird sein trostloser und ungepflegter Zustand beklagt. Seither widmet man diesem Ort wenigstens die nötigsten Unterhaltsarbeiten wie dreimal die Woche reinigen sowie zweimal jährlich die Wiese mähen und Sträucher und Gehölze zurückschneiden. Eine Trostlosigkeit aber bleibt. Wir finden, diese Oase hat etwas anderes verdient. Bei dem geplanten Wettbewerb "alter Friedhof" geht es darum, ein Gestaltungskonzept für die gesamte Anlage zu erstellen. Dazu gehören neue Wegführungen und Bepflanzungen aller Art. Gerade im Zusammenhang mit der Renaturierung und den anstehenden Massnahmen des Hochwasserschutzes des Gottesgrabens, die auch im Bereich Lindenplatz zum Zuge kommen werden, drängt es sich geradezu auf, sich ernsthaft mit der Zukunft des alten Friedhofs auseinanderzusetzen. Nutzen wir also den perfekten Zeitpunkt für diese Synergie, um den alten Friedhof in einen kleinen Park verwandeln zu können. Einen Ort mitten im Gemeindegebiet, wo man die Seele baumeln lassen kann. Einen Ort, der es verdient hat, dass man daraus macht, was er ist - ein kleines Juwel mitten in unserer Gartenstadt. Bäume und Bepflanzungen brauchen Zeit zum Wachsen. Das darf aber nicht heissen, dass Konzeptarbeit auf die lange Bank geschoben wird. Vor allem dann nicht, wenn sie in eine Gesamtplanung einfließen kann.

Die Fraktion SP/WettiGrünen stellt den Antrag, die Budgetposition für den Wettbewerb "alter Friedhof" um Fr. 30'000.00 zu erhöhen. Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Fischer-Lamprecht Lutz: Ich habe eine Frage an Gemeinderätin Kirsten Ernst. Gegen die Erhöhung des Beitrags für den Wettbewerb habe ich nichts, aber ungepflegt ist der alte Friedhof meines Wissens nicht. Ich habe aus den Gesprächen mit dem Werkhof und Walter Leutwyler in Erinnerung, dass diese Wiese absichtlich nur zweimal im Jahr gemäht wird, weil das für Insekten, Vögel und weitere Tiere viel spannender ist als kurzgeschnittene Rasenflächen.

Ernst Kirsten, Gemeinderätin: Ja, das ist so korrekt aber bei diesem Wettbewerb geht es nicht darum, wie wir die Pflege durchführen. Es geht darum, dass wir prüfen wollen, was übergeordnet, ganzheitlich überhaupt machbar ist. Wir möchten die Möglichkeit bekommen über die Grenzen hinaus voraus zu planen und zu denken. Wir möchten nicht einen Bewirtschaftungsplan machen, wie man den Rasen mähen sollte, sondern anhand dieses Wettbewerbs die Chance nutzen, alles ganzheitlich, inkl. mit dem bereits bestehenden Hochwasserprojekt und den Veränderungen am Bächliweg betrachten, wie auch mit neuen kommenden Projekten und übergeordnet die Kultur und den Wandel unserer Gesellschaft einbeziehen. Eine Betrachtungsweise, die nicht von Grenze zu Grenze bzw. von Projekt zu Projekt geht, sondern vorrausschauend plant und alles einbezieht. Das wäre eine richtige Chance und Bereicherung für die Zukunft von diesem sensiblen und geschichtsträchtigen Friedhof.

Scherer Sylvia: Meine Frage richtet sich an die Kulturkommission. So viel mir bekannt ist, hat die Kulturkommission auch schon ein Konzept ausgearbeitet, wie der Friedhof genutzt werden soll und hat es in verschiedenen Gebiete unterteilt. Das war ein sehr schönes und gut ausgearbeitetes Konzept. Ist das noch vorhanden? Dann hätte man doch schon mal einen Ansatz, wie daran weiter zu arbeiten wäre.

Ernst Kirsten, Gemeinderätin: Das ist so korrekt und bildet eine Basis für diesen Wettbewerb. Den Wettbewerb planen wir auszuschreiben. Aktuell ist die Gestaltung des alten Friedhofs als Park eine der Schlüsselmassnahmen im Legislaturprogramm 2019-2022. Das Freiraumkonzept basiert auf Studien der Bachelor-Abschlussarbeiten der Hochschule

Rapperswil aus dem Jahr 2011. Zudem fanden Benutzerbefragungen mit Anwohnern, Friedhofskommissionsmitgliedern, Werkhof-, Kultur- und Bauvorsteher sowie Projektleiter der Renaturierung Dorfbach statt. In Ergänzung zum Lindenplatz besteht in der breiten Bevölkerung ein grosses Bedürfnis nach einem weiteren Aussenraum als Aufenthaltsort im Dorfbereich. Auch künftig sollen gemäss der Schulraumplanung eine Tagesstruktur und eine Anlaufstelle für Familien im alten Gebäude angegliedert werden. Weitere Anlässe wie Festivitäten (Weinfest) oder Veranstaltungen (Kunstvernissagen) könnten im neuen Aussenraum stattfinden. Diese sind heute auf dem angrenzenden Lindenplatz angesiedelt. Aufgrund dessen entschieden wir, die bereits vorhandene Basis beizuziehen und einen Wettbewerb durchzuführen.

Chapuis François, Präsident Finanzkommission: Ich habe eine Frage. Will der Gemeinderat diesen Wettbewerb oder nicht? Gemäss Budget steht der Gemeinderat nicht hinter diesem Antrag. Was ist nun die klare Ansage?

Maibach Markus, Vizeammann: Gemeinderätin Kirsten Ernst hat schlicht eine Frage beantwortet. Der Gemeinderat steht klar hinter seinem Antrag.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 17 Ja- : 30 Nein-Stimmen folgenden Beschluss:

Der Antrag der Fraktion SP/WettiGrünen, die Budgetposition für den Wettbewerb "alter Friedhof" um Fr. 30'000.00 zu erhöhen, wird abgelehnt.

Ressort 9 Finanzen und Steuern

Konto	9905.3052.00	Allgemeine	Personalkosten,	Arbeitsgeberbeiträge	an
Pensionskosten					

Chapuis François, Präsident Finanzkommission: Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat, die Kompensation aus der Senkung des Umwandlungssatzes in Höhe von Fr. 180'000.00 aus dem Budget 2020 zu streichen und erwartet vom Gemeinderat, dass er für den Budgetprozess 2021 die Beitragslösung dahingehend anpasst, dass die Arbeitgeberbeiträge besser abgesichert werden, zum Beispiel mit einer Rückzahlungsklausel. Abstimmungsverhältnis: 5 Ja- : 1 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung, bei 7 Anwesenden.

In der Diskussion der vorliegenden Sachlage zwischen dem Gemeinderat und der Finanzkommission zeichnete sich ein klarer Dissens ab. Während der Gemeinderat der Auffassung ist, dass diese Massnahme unabdingbar und angemessen sei, ist ein Grossteil der Finanzkommission der Ansicht, dass diese Kompensation aktuell weder angemessen noch zielführend ist.

Die Finanzkommission weist darauf hin, dass die Lösung der Gemeinde Wettingen eher einer Kaderlösung entspricht und deutlich über dem gesetzlichen Minimum liegt.

Ein Vergleich mit acht multinationalen Unternehmen zeigt, dass Wettingen bezüglich Sparbeiträgen absolut mithalten kann. Ob der Benchmark für Wettingen stufengerecht ist, ist selbstverständlich noch zu prüfen. Zudem ist sich die Finanzkommission bewusst, dass alle Faktoren wie zum Beispiel versicherter Betrag, Zinsen, Anteil AN/AG Prämie etc. bei der Gesamtbeurteilung zu beachten sind.

Bei den Risikobeiträgen ist die Gemeinde Wettingen auch dabei: Bei der Invalidenrente versichern wir 60 %, gesetzlich obligatorisch sind 40 %, die Kinderrente von 20 % (gesetzlich 8 %) sowie die Ehegattenrente von 40 % (gesetzlich 24 %). Somit zahlt die Gemeinde hohe Risikobeiträge.

Wettingen macht also sehr viel für seine Angestellten. Für das 2020 investieren wir in mehr Stellen, mehr Ferien, mehr Lohn, in eine bessere Krankentaggeld-Versicherungslösung, die Prämie übernimmt zu 100 % Wettingen. In diesem Kontext findet die Finanzkommission grossmehrheitlich, dass die geforderten Kompensationsmassnahmen den finanziellen Rahmen der Gemeinde sprengen und in Anbetracht der aktuellen finanziellen Situation eine Kompensation der Senkung des Umwandlungssatzes nicht im Budgetjahr 2020 erfolgen soll. Zudem soll der Gemeinderat geeignete Massnahmen zur Absicherung der Arbeitgeberbeiträge erarbeiten, zum Beispiel in Form einer "Rückzahlungsklausel" oder anderen Regelungen. Oder mit anderen Worten: Die grosszügigen Beiträge sollen zu mehr Bindung an die Arbeitsstelle führen und ggf. an weitere, vom Gemeinderat noch zu definierende, Bedingungen geknüpft werden, z. B. abhängig von den Dienstjahren bzw. "Treue" der Arbeitnehmenden.

Die Finanzkommission beantragt deshalb nicht eine grundsätzliche Streichung der Kompensation, sondern deren Verschiebung und Beratung zu einem späteren, geeigneteren Zeitpunkt. Die Finanzkommission stellt den Antrag mit einem Abstimmungsverhältnis von 5 Ja : 1 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

Scherer Kleiner Leo: Die Fraktion SP/WettiGrünen ist der Meinung, dass der Gemeinderat hier eine Lösung ausgearbeitet hat, um die Senkung der Umwandlungssätze, die sich auf die PK-Renten der Gemeindebeschäftigten auswirkt, die durchaus Hände und Füsse hat und in diesem Sinne gut abgestützt und abgeklärt ist. Sie ist auch mit dem Personal ausgehandelt. Wir werden den Antrag der Finanzkommission deshalb ablehnen.

Notter Daniel: François Chapuis hat schon sehr viel ausgeführt, weshalb ich mein Votum kurz halten kann. Die Fraktion SVP wird dem Antrag der Finanzkommission folgen. Wir sind der Meinung, die Dringlichkeit ist nicht gegeben. Selbstverständlich ist es nicht schön, wenn der Umwandlungssatz gekürzt wird. Hiervon ist auch ein grosser Teil der Bevölkerung betroffen und sie erhalten keine Kompensationen. François Chapuis hat erwähnt, dass die aktuelle BVG-Lösung sehr grosszügig ist. Wir befinden uns zum Teil je nach Alterskategorie 10 % über dem gesetzlichen Minimum. Auch bei den Risikoleistungen befinden wir uns bis zu 20 % über dem gesetzlichen Minimum. Wir sind also auf einer sehr guten Flughöhe, was auch gut ist. Mit diesem Budget, wenn es so angenommen wird und mit dem Personalreglement, das bereits angenommen wurde, präsentieren wir unseren Angestellten für nächstes Jahr eigentlich einen Viergänger. Wir zahlen ihnen mehr Lohn, gewähren ihnen mehr Ferien, die Krankentaggeldleistungen werden voll übernommen und die Dienstjahresprämien werden bereits nach drei Jahren geleistet. Es ist nicht nötig, jetzt auch noch einen fünften Gang dazuzugeben. Ich möchte darauf aufmerksam mache, vielleicht haben Sie es auch selber schon realisiert, mit der Genehmigung des Personalreglements bewilligte man bei den gesetzlichen Feiertagen zwei Tage mehr als gesetzlich vorgegeben. Der 2. Januar und der 1. Mai. Wenn man das umrechnet, ergibt es 340 Tage weniger Arbeitsleistungen. Das entspricht ca. 1,3 Stellen. Das haben wir bewilligt, was auch gut ist. Ich hoffe einfach, dass den Leuten auch bewusst ist, was Wettingen seinen Mitarbeitenden bietet.

Zum Schluss möchte ich noch Folgendes anfügen und Ihnen mit auf den Weg geben: Im Jahr 2008/2009 hat man vom Leistungsprimat aufs Beitragsprimat gewechselt. Dazumal hat man diese Sparbeiträge festgelegt. In der Zwischenzeit, in diesen zehn Jahren, wurde die Sparbeiträge je nach Alterskategorie um 4,5 bis 7 % erhöht. Rechnet man das um, entspricht das ungefähr 0,4 % Mehrkosten für die Gemeinde. Das bildet eigentlich eine indirekte Lohnerhöhung. Das wurde nie erwähnt und ich denke, das muss man sich bewusst sein. Wir sind der Meinung, ein Viergänger reicht aus, ein Fünfgänger ist momentan kein Thema.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Sie haben es gehört. Wir haben in dieser Thematik einen gewissen Dissens. Wir haben einen klaren Auftrag erhalten, als das Budget in einer ersten Fassung zurückgewiesen wurde. Ich denke, wir haben diesen Auftrag erfüllt. Ergänzend möchte ich doch noch ein paar Sachen anfügen.

Es wurden jetzt immer das Dienstaltersgeschenk und das Personalreglement genannt. Ich muss klar und deutlich ausführen, dass wir mit dem neuen Personalreglement beim Dienstaltersgeschenk weniger bezahlen. Für einen Teil unserer Mitarbeitenden haben wir zwei Tage mehr Ferien drin. Es ist nicht so, dass die gesamte Verwaltung von diesen zwei Tagen profitieren kann. Folgendes möchte ich aber vorweg schicken: Die Umwandlungssätze wurden mehrfach reduziert, Daniel Notter. Das ist ein Thema, welches du nicht erwähnt hast, und um das musste man die Beiträge natürlich jeweils auch erhöhen. Wenn wir uns mit der Thematik Pensionskasse auseinandersetzen und die PKE quasi nachhaltig stabilisieren wollen, hat die PKE selber bereits gewisse Massnahmen getroffen - nämlich, der technische Zinssatz wurde von 2,5 auf 2 % gesenkt. Der Umwandlungssatz wurde von 5,65 auf 5 % reduziert, mit einer Übergangsreglung von fünf Jahren. Dort haben wir die Thematik bereits drin, dass über diese fünf Jahre der ganze Satz reduziert wird. Diese Kompensationsmassnahmen werden ca. 11 % Rentensenkung zur Folge haben. Ein Teil davon wurde durch gewisse Reserven kompensiert, die die Pensionskasse hatte und von sich aus den Pensionierten wieder zurückgegeben hat. Das findet übrigens auch an anderen Orten und nicht nur bei uns statt. Was aber auch passiert ist, ist, dass wir im Zusammenhang mit diesen Zusätzen vor allem - und jetzt kommt der ganz entscheidende Punkt, weshalb der Gemeinderat an diesem Antrag festhält - für unsere jüngeren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein Zeichen setzen wollen. Wir haben die Kurven, die das beinhaltet, auch der Finanzkommission zur Kenntnis gebracht. Wir hätten ja grundsätzlich für den gesamten Umwandlungssatz kompensieren müssen, Grössenordnung 13 % Reduktion. Wir waren der Auffassung, nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit der PKE und unserer Vorsorgekommission, diese 6 % im Budget einzustellen um letztendlich vor allem auch unseren jüngeren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern etwas dazugeben zu können. Wie erwähnt, die Kurve, die wir aufzeigen konnten, hat klar und deutlich demonstriert, dass es nicht die Alten sind, die von dieser Massnahme profitieren können. Bei uns älteren Mitarbeitenden hat das keinen Einfluss mehr auf die Endkapitalisierung unserer Pensionskassengelder. Aber bei unseren jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird es einen ganz massiven Anteil haben. Es ist tatsächlich so und ich denke, das schätzen unsere Mitarbeitenden, dass wir in Summe gute Anstellungsbedingungen vorweisen können. Sie lassen sich durchaus sehen, auch im Zusammenhang mit anderen Gemeinden. Es ist aber keineswegs so, dass wir eine Kaderlösung aufweisen. Ich möchte nochmals betonen, dass wir eine durchschnittliche Lösung haben. Wir danken allen, die dazu beigetragen haben. Ich denke aber, dass wir eine gewisse Vorausschau halten und vor allem auch den jüngeren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Sorge tragen müssen. Aus diesem Grund hält der Gemeinderat am Antrag fest.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 32 Ja- : 10 Nein-Stimmen, bei 5 Enthaltungen, folgenden Beschluss:

Dem Antrag der Finanzkommission, die Kompensation aus der Senkung des Umwandlungssatzes in Höhe von Fr. 180'000.00, aus dem Budget 2020 zu streichen mit der Erwartung an den Gemeinderat, dass er für den Budgetprozess 2021 die Beitragslösung dahingehend anpasst, dass die Arbeitgeberbeiträge besser abgesichert werden, zum Beispiel mit einer Rückzahlungsklausel, wird zugestimmt.

Judith Gähler: Ich weiss, dass mir vorhin ein Fauxpas passiert ist, als ich einen Antrag gestellt habe, aber hier ist im zweiten Teil nun auch ein Antrag enthalten. Geht das nun doch?

Maibach Markus, Vizeammann: Das ist grundsätzlich richtig. Das eine ist eine Budgetkorrektur - sie fliesst ins Budget; das andere ist eine Erwartungshaltung der Finanzkommission, die für das nächste Jahr relevant ist. Ich nehme an, es handelt sich schlicht um eine Erwartungshaltung, die hier formuliert wurde, aber als Antrag muss es getrennt werden.

François Chapuis: So ist es. Vizeammann Markus Maibach hat Recht.

Palit Orun: Eine Frage zu Position 4, Ertrag 4002, Quellensteuer natürliche Personen: Hier befindet sich ein grosser Sprung von der Rechnung 2018, 1,573 Mio. Franken zu 2 Mio. Franken im Budget 2019 und 2020. Liegen bereits Erkenntnisse vor, wie man unterwegs ist? Sind diese 2 Mio. Franken überhaupt realistisch, wenn man doch jetzt schon vermutet wie 2019 ausfallen wird?

Maibach Markus, Vizeammann: Dieser Betrag ist derselbe wie im Budget 2019. In diesem Sinne ist es keine Änderung. Bei den Quellensteuern wissen wir erst gegen Ende Jahr bzw. anfangs Folgejahr definitiv, wie viel reinkommt. Im Moment bzw. gemäss den Daten von Ende Oktober haben wir den Betrag des Budgets 2019 noch nicht erreicht. Wir gehen aber davon aus, dass wir ihn noch erreichen werden und wenn doch nicht, sind wir dafür besorgt, dass es 2020 genügt. Es handelt sich um eine Schätzung aufgrund der letztjährigen Basis. Wirklich definitiv wissen werden wir es erst, wenn diese Erträge Ende Jahr tatsächlich fliessen.

Ressort 7 Umweltschutz und Raumordnung
Konto 7710.5000.001 Friedhof und Bestattungen (allgemein), Neuerstellung Themengrab
Brunnenwiese, Budgetkredit 2020

Chapuis François, Präsident Finanzkommission: Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat, den Budgetkredit für das Themengrab aus der Investitionsrechnung zu streichen und bei Bedarf als Verpflichtungskredit mittels Kreditantrag vorzubringen.

Die Gestaltung des Wettinger Friedhofs ist eine sehr sensible Angelegenheit. Die Finanzkommission erlaubt sich, den Einwohnerrat an die Diskussion um die Gestaltung des neuen Gemeinschaftsgrabs zu erinnern. Der Finanzkommission ist es ein grosses Anliegen, dass dieser Antrag nicht als pietätlos erscheint. Auch sie will sich nicht alternativen Bestattungsmöglichkeiten verschliessen. Aber es soll nicht nebenbei durch einen Budgetkredit erfolgen, sondern erst nach einer Behandlung im Einwohnerrat. Die Finanzkommission empfiehlt daher dem Einwohnerrat, den Gemeinderat mit der Ausarbeitung einer echten Vorlage zu beauftragen. Zumal der Gemeinderat diesem Antrag zustimmen kann, wird dieser in der Finanzkommission grossmehrheitlich mit 5 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Camponovo Christa: Im Namen der Fraktion SP/WettiGrünen möchte ich den Rat bitten, diesen Antrag der Finanzkommission abzulehnen. Er bringt finanziell und inhaltlich nicht sehr viel. Wird der Budgetkredit aus der Investitionsrechnung gestrichen, muss er als Kredit neu beantragt werden. Das ist eine Verschiebung, die unnötig Verwaltungskosten und Verzögerungen verursacht. Es handelt sich um ein operatives Geschäft, um welches wir uns eigentlich nicht kümmern müssen. Und über Geschmack und Friedhofsgestaltung hier im Rat zu diskutieren, erscheint mir schwierig. Es geht um die Themengräber "Bäume". Einem Angebot, welchem wir mit der Genehmigung des Bestattungs- und Friedhofreglement bereits zugestimmt haben. Es tönt vielleicht etwas komisch, aber ein Friedhof und seine Gestaltung bilden auch immer einen Markt. Je attraktiver ein Friedhof ist, umso mehr wird er genutzt und es fallen Gebühreneinnahmen an. Wichtig erachte ich aber etwas anderes. Heutzutage ist die Vorstellung, dass anstelle eines Grabsteins ein Baum steht, sehr beliebt. Aus seelsorgerischer Sicht ist es zudem begrüssenswert, wenn eine Beerdigung öffentlich mit einer Beisetzung auf den Friedhof stattfindet und die Asche von Verstorbenen nicht irgendwo heimlich verstreut wird. Das hat mir mein Gatte, ein Theologe, bestätigt. Oft hört er von Angehörigen, dass sie ihm dankbar sind, dass er sie zu einer Friedhofbestattung überreden konnte. Wenn die Gemeinde Wettingen nach sorgfältigen Abklärungen und professioneller Planung, was ich unserer Verwaltung zutraue, den Friedhof zu einem idealen Zeitpunkt mit einem attraktiven Angebot erweitern kann, soll dem nichts im Wege stehen. Auch keine Spar- oder Verschiebungsübungen, die an und für sich nicht viel bringen.

Fischer-Lamprecht Lutz: Ich spreche nur für mich, nicht für die Fraktion. Ich danke der Finanzkommission für diesen Antrag. Mit den Erfahrungen bezüglich des neuen Gemeinschaftsgrabs Kompass unterstütze ich das Anliegen, es im Einwohnerrat als separate Vorlage zu erhalten, sehr.

Chapuis François, Präsident Finanzkommission: Ich möchte erwähnen, dass wir von einer Viertel Mio. Franken sprechen. Ich denke, bei diesem Betrag lohnt es sich, darüber zu diskutieren. Dieser Budgetkredit würde uns eine Viertel Mio. Franken kosten, über die wir nicht reden könnten. Wenn wir den Antrag annehmen, können wir uns dazu äussern.

Ernst Kirsten, Gemeinderätin: Vielen Dank Christa Camponovo, du hast es vollumfänglich umschrieben. Der Gemeinderat hält am Budgetkredit fest. Der Grund für einen Budgetkredit war rein buchhalterischer Art, so wird dieses Projekt im selben Jahr erstellt, finalisiert und abgerechnet. Das ist die Vorgabe nach HRM 2. Ich möchte noch zu bedenken geben, der Einwohnerrat hat am 5. September das Bestattungs- und Friedhofreglement neu überarbeitet und verabschiedet. In welchem das Themengrab "Bäume" neu aufgenommen wurde. Wenn der Kredit nun ins laufende nächste Jahr verschoben wird, verzögert sich die Herstellung dieses Grabfeldes. Die Umsetzung ist auch an die ruhigere Arbeitszeit auf dem Friedhof gebunden. Deshalb würden wir gerne zeitnahe das Projekt umsetzen.

Chapuis François, Präsident Finanzkommission: Die Finanzkommission verschliesst sich diesem Thema nicht, aber wenn doch bereits ein konkretes Projekt vorliegt, kann der Gemeinderat dieses dem Einwohnerrat an einer der ersten Einwohnerratssitzungen im neuen Jahr vorstellen. So könnte es nächstes Jahr realisiert werden. Wir möchten einfach noch darüber diskutieren können.

Wassmer Christian: Hier geht es nicht nur um eine Verschiebung oder einen technischen Prozess, wie man diesen Kredit bewilligt. Diese Fr. 250'000.00 kratzen ganz nahe an der Grenze, es überhaupt auf diese Art und Weise durchbringen zu können. Wenn ich es richtig ausgerechnet habe, sind es sogar Fr. 254'000.00. Wir sprachen heute von Fr. 5'000.00 oder Fr. 8'000.00. Hier sind es Fr. 250'000.00. Klar, es belastet die Jahresrechnung nicht direkt, aber es belastet mit den Abschreibungen jedes Jahr erneut. Wir sahen vorher im Finanzplan, dass wir uns solche Spässe nicht leisten können. Hier geht es um Fr. 250'000.00 für ein Themengrab. Ich stelle mir Bäume vor, wovon auf dem Friedhof aber schon viele stehen, die man nutzen könnte. Ich persönlich verstehe nicht, wofür man diese Fr. 250'000.00 ausgeben möchte. Ich möchte keine weiteren Denkmäler, die mir persönlich nicht gefallen, sondern dagegen ankämpfen bzw. verstehen, wozu wir derart viel Geld ausgeben möchten. Darum geht es mir und nicht um technische Verschiebungen aufs nächste Jahr.

Ernst Kirsten, Gemeinderätin: Gerade heute kommt diese Nähe zur Natur vielen Menschen und ihren Wünschen für die eigene Beerdigung entgegen. Zusätzlich zu den traditionellen Bestattungsarten sind dann Baumbestattungen auch bei uns möglich, auch ohne, dass wir einen Waldfriedhof haben. Hierbei wird der Verstorbene in unmittelbarer Nähe zu einem Baum mittels einer Urnenbestattung beigesetzt. Diese Investition, die wir hiermit tätigen, wird sich voraussichtlich innerhalb einer Generation auszahlen. Für jede Beerdigung haben wir einen Gebührenertrag, der im Moment, wegen der nicht so naturnahen und offenen Bestattungsform nicht unbedingt realisiert werden kann.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 34 Ja- : 11 Nein-Stimmen, bei 2 Enthaltungen, folgenden Beschluss:

Dem Antrag der Finanzkommission, den Budgetkredit für das Themengrab aus der Investitionsrechnung zu streichen und bei Bedarf als Verpflichtungskredit mittels Kreditantrag vorzubringen, wird zugestimmt.

Huser Hansjörg, Einwohnerratspräsident: Der Leiter der Finanzverwaltung, Martin Frey, hat ausgerechnet, dass die Korrekturen des Einwohnerrats eine Ergebnisverbesserung von Fr. 187'000.00 ergeben. Das neue operative Ergebnis beträgt somit Fr. 2'214'421.45.

Schlussabstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 35 Ja- : 12 Nein-Stimmen folgenden Beschluss:

Das Budget 2020 der Einwohnergemeinde Wettingen mit dem um 5 % erhöhten Steuerfuss von 100 % wird genehmigt

Ich bedanke mich für die sachliche Diskussion sowie das konzentrierte Mitarbeiten, freue mich, Sie kommenden Donnerstag um 19 Uhr wieder hier begrüßen zu dürfen und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Schluss der Sitzung: 22:45 Uhr

Wettingen, 9. Dezember 2019

Für das Protokoll:

Namens des Einwohnerrates

Einwohnerratspräsident



Huser Hansjörg

Gemeindeschreiberin



Barbara Wiedmer